

Einwohnerratssitzung 2006/2007  
Protokoll Nr. 7

Sitzungsdatum Donnerstag, 10. Mai 2007  
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 20:05 Uhr  
Ort Gallusheim, Gemeindehausstr. 9, Kriens

---

Protokoll Yvonne Rösli  
Direktwahl 041 329 63 09

11. Mai 2007 ry

---

Anwesend

Präsident

Senn Matthias

Einwohnerrat

27 Mitglieder

Bolzern Leo (bis 18:45 Uhr)

Dalla Bona Johanna (bis 19:00 Uhr)

Maldonado Jennifer (bis 18:30 Uhr)

Mattmann Peter (bis 17:45 Uhr)

Piazza Daniel (bis 19:40 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Lang Robert

Protokoll

Renggli Alexandra

Rösli Yvonne

Entschuldigt

Einwohnerrat

Camenisch Räto

Heini Martin

## Traktanden

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>   |            | Seite 276 |
| 2.  | <u>Fusionsdebatte:</u>  |            | Seite 277 |
| 2.1 | <u>Motion Mattmann:</u> Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage<br><i>Antrag Gemeinderat: Ablehnung</i>                        | Nr. 172/07 |           |
| 2.2 | <u>Petition KeK:</u> Grossfusion Luzern   | Nr. 188/07 |           |
| 2.3 | <u>Motion Bättig und Mitunterzeichnende:</u> Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme als Postulat</i>                            | Nr. 176/07 |           |
| 2.4 | <u>Motion Zeder namens der Grünen Partei:</u> Kriens als Teil der Region Luzern<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i>   | Nr. 177/07 |           |
| 2.5 | <u>Motion Luthiger namens der SP:</u> Objektive Diskussion "Zukunftsperspektiven von Kriens"<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i>  | Nr. 180/07 |           |
| 2.6 | <u>Dringliche Motion Mattmann:</u> Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens  | Nr. 189/07 |           |
| 3.  | <u>Motion Mattmann:</u> Sistierung der Planung für ein neues Gemeindeverwaltungszentrum Kriens<br><i>Antrag Gemeinderat: Ablehnung</i>  | Nr. 171/07 | Seite 299 |
| 4.  | <u>Interpellation Mattmann:</u> Wie verhält sich der Gemeinderat im Verein LUZERN PLUS?<br><i>Schriftliche Beantwortung</i>   | Nr. 158/06 | Seite 303 |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Ortsplanung 2007 (1. Lesung)<br>- Eichhof-Areal<br>- Parkplatz Pilatusbahnen<br>- VA Tech Hydro Areal<br>- Regelung der Werbeflächen<br>- Kleinere Plankorrekturen | Nr. 184/07 | Seite 305 |
| 6.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Jahresrechnung 2006  | Nr. 179/07 | Seite 316 |
| 7.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Revision Wasserversorgungsreglement der Wasserversorgung Kriens (2. Lesung)  | Nr. 137/06 | Seite 326 |

## Neueingänge

- Nr. 182/07 Motion Luthiger und Mitunterzeichnende: Die Krienser Gemeindebibliothek braucht mehr Raum  
*Eingang: 16.03.2007*
- Nr. 183/07 Interpellation Kunz namens der CVP/JCVP Fraktion: Koordination zwischen Baudepartement und Umwelt- und Sicherheitsdepartement  
*Eingang: 26.03.2007*
- Nr. 184/07 Bericht und Antrag: Ortsplanung 2007: Eichhof-Areal / Parkplatz Pilatusbahnen / VA Tech Hydro Areal /Regelung der Werbeflächen / Kleinere Plankorrekturen
- Nr. 185/07 Bericht und Antrag: Gemeindeordnung 2008
- Nr. 186/07 Bericht und Antrag: Neufestsetzung der Entschädigungen für die Mitglieder des Einwohnerrats Kriens und dessen Kommissionen
- Nr. 187/07 Motion Heiz namens der SVP-Fraktion: Senkung der Kehricht-Grundgebühr pro Haushalt  
*Eingang: 05.04.2007*
- Nr. 188/07 Petition KeK: Grossfusion Luzern  
*Eingang: 24.04.2007*
- Nr. 189/07 Dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens  
*Eingang: 03.05.2007*
- Nr. 190/07 Motion B. Bienz und Mitunterzeichnende: Kinderfreundliche Gemeinde  
*Eingang: 04.05.2007*
- Nr. 191/07 Interpellation Baumann und Mitunterzeichnende: Lärmiger Nachtverkauf an der Gallusstrasse  
*Eingang: 04.05.2007*

## 1. Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Matthias Senn begrüsst die Vertreter der Medien – Frau Breu vom Radio DRS Regionaljournal – die Herren Bertschi und Lehmann von der NLZ und die Zuschauer auf der Tribüne zum mit zweieinhalb Tagen sitzungsintensivsten Monat seit der Gründung des Einwohnerrats Kriens.

Räto Camenisch und Martin Heini lassen sich für die heutige Sitzung entschuldigen.

Der Sprecher gratuliert Paul Winiker zur Wahl in den Gemeinderat und in den Grossen Rat sowie Bruno Achermann zur Wahl in den Grossen Rat. Somit ist der abtretende und neue Finanzchef im Kantonsparlament vertreten. Weitere Krienser Vertreter im Parlament sind: Patrick Graf, Daniela Kiener, Yvette Estermann und Leo Fuchs. Selbstverständlich gratuliert Mat-

tias Senn allen Nichtgewählten zum Ergebnis und hofft, dass zumindest Ursula Müller als 1. Ersatz den "Sprung" auch noch schafft. Total 6 Grossräte aus Kriens entspricht leider nicht dem Bevölkerungsanteil von Kriens. Vielleicht braucht es das nächste Mal auch eine Aktion Krienser wählen Krienser wie in Horw.

Der Gemeinderat beantragt die Nachtraktandierung der Petition vom Komitee für ein eigenständiges Kriens (KeK) zum Thema Grossfusion Luzern (Nr. 188/07). Dagegen wird nicht opponiert. Die Petition wird als neues Traktandum 2.2 behandelt.

Begründung der dringlichen Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens (Nr. 189/07):

Gemäss Peter Mattmann ist der Sinn der Fusionsdebatte, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag gibt, wie es weitergehen soll. Da dies in den vorliegenden "Fusions-Vorstössen" nirgends enthalten ist, hat der Sprecher die dringliche Motion eingereicht. Er ist der Meinung, dass der Gemeinderat Kriens die Eigenständigkeit von Kriens langfristig sichern muss.

Matthias Senn stellt fest, dass gegen die Dringlichkeit nicht opponiert wird. Die Motion wird als Traktandum 2.6 behandelt.

## 2. Fusionsdebatte

Gemäss Matthias Senn wird wie folgt vorgegangen:

Die Motionäre begründen ihre Vorstösse. Der Gemeinderat nimmt zum Thema, zum geplanten Vorgehen und zu den Motionen und zur Petition gesamthaft Stellung. Anschliessend folgen die Stellungnahmen der Kommissionen, Fraktionen und der CHance21 zum Thema und zu den Motionen. Am Schluss wird über jeden Vorstoss einzeln abgestimmt.

Der Einwohnerrat ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Die Motionäre begründen nun ihren Vorstoss:

### 2.1 Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage Nr. 172/07

Für Peter Mattmann hat das "Fusionsvorgehen", so wie es "aufgegleist" wurde, nichts mehr mit Demokratie zu tun. Die Diskussion entstand auf europäischer Ebene. Man will die Entwicklung so gestalten, dass die Bevölkerung zentralisiert wird und somit das Verhältnis zwischen Stadt und Land nicht mehr ausgewogen ist. Die ganze Angelegenheit hat nichts mehr damit zu tun, was die Bevölkerung will, sondern was die "hohen Beamten" wollen.

Von den zwei Prinzipien ist nur die Gemeindeautonomie gewährleistet. Die Volkssouveränität ist jedoch nicht gegeben. Bei der Gemeindefusionsangelegenheit ist der hierarchische Aufbau (Pyramide) verkehrt und verletzt somit die Luzerner Staatsverfassung. Es ist notwendig, dass Kriens sich wehrt und sich an die Verfassung hält. Peter Mattmann verlangt, dass der Gemeinderat beim Luzerner Stadtrat und Regierungsrat protestiert. Der Prozess muss demokratisch ablaufen. Probleme schaffen Presse, Finanzen und Behördenpropaganda; wobei die Behördenpropaganda das grösste Problem darstellt: Eine Behörde darf nicht Partei ergreifen, da sie für den richtigen Ablauf verantwortlich ist. Darum darf der Gemeinderat keine Propaganda machen.

Die Fusion Littau/Luzern war eine geplante Kampagne für die Medien. Es war klar ersichtlich, dass die Zeitung auf der Seite der Behörde und der Fusionsbefürworter steht. Der Gemeinderat soll die NLZ bitten, die verschiedenen Meinungen ausgewogener darzustellen. Der letzte Punkt betrifft auch LuzernPlus. Der Vereinsbeitrag wird mit Steuergeldern bezahlt, auch wenn längst nicht alle SteuerzahlerInnen diesen Verein unterstützen können. LuzernPlus ist ein fester Bestandteil der Projektorganisation für Grossfusionen. Ein Skandal ist, dass ein Alt-Regierungsrat bei LuzernPlus federführend dabei ist und so weiter seine Politik betreiben kann. Bei einem demokratischen Verständnis ist dies nicht in Ordnung. Peter Mattmann bittet den Einwohnerrat seiner Motion nur zuzustimmen, wenn man die Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens will.

## 2.2 Petition KeK: Grossfusion Luzern

Nr. 188/07

Matthias Senn stellt fest, dass die Petition nicht vom Einwohnerrat eingereicht wurde und somit eine Begründung nicht möglich ist.

## 2.3 Motion Bättig und Mitunterzeichnende: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen

Nr. 176/07

Rolf Bättig erlaubt sich - da der Einwohnerrat die Dringlichkeit der vorliegenden Motion im März ablehnte und sich der Gemeinderat in der Zwischenzeit in seiner Klausur Gedanken zu einem möglichen Zeitplan für eine Volksbefragung machte - die terminlichen Gedanken aufzunehmen und den Terminrahmen in seiner Motion wie folgt neu zu formulieren:  
Statt: *Bis im Herbst 2007* wird ersetzt durch: *So früh als möglich, spätestens bis im Frühling 2008.*

Gerade im Vorfeld von Wahlen, aber auch bei politischen Betrachtungen zur Zentrumsplanung, zur Gemeindeordnung, zur Sportstättenplanung, zu Verkehrskonzepten, zu Parkplatz-, zu Bau- und Zonenreglementen usw. wird von den diversen Votanten betont, dass das Volk keine Fusion wolle, und sie ja eben jenes vertreten.

Nun gibt es ja nebst der Innenwelt von Kriens auch eine Aussenwelt. Diese verändert sich offensichtlich, ob man das will oder nicht. So hat die Luzerner Regierung einen Strategiebericht vorgestellt, der als Zielsetzung eine Grossagglomeration anstrebt, und dieses Ziel wird finanziell auch sehr attraktiv dargestellt. Im Weiteren findet bald die Abstimmung zur Fusionsfrage in der Stadt Luzern und in der Gemeinde Littau statt. Unbestreitbar wird diese Abstimmung eine Signalwirkung auch nach Kriens haben. Falls diese Fusion abgelehnt wird, hat sich wohl das Thema für die nächsten Jahre von selbst erledigt. Bei einem Ja hingegen wird der Fusionsdruck von aussen auf die übrigen Agglogemeinden deutlich erhöht.

Da die auf Annahmen beruhende Beantwortung der Fusionsfrage durch Parlamentarier viel Energie verschlingt, bittet der Sprecher, seine Motion zu unterstützen und dem Volk die Möglichkeit zu geben, sich direkt zu äussern. Dies spart parlamentarische Energie und schafft Klarheit. Somit hat der Einwohnerrat dann als Volksvertreter auch einen klaren Auftrag.

Die Art der Befragung und die genauen Fragestellungen wurden bewusst offen gelassen, damit sich der Gemeinderat hier einbringen kann. Ein klares Ja oder Nein kann noch nicht abgefragt werden, da die vertraglichen Inhalte einer möglichen Fusion ja überhaupt noch nicht erarbeitet wurden. Es geht doch darum, den Souverän in dieser wichtigen Frage in einem frühen Stadium in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Alles wissen, dass ein Umfrageergebnis nie ein ganz klares Ja oder Nein ergibt. Dies wird auch hier der Fall sein. Diese Facetten des politischen Willens der Mitbürger gilt es abzufragen und im Parlament zu vertreten. Rolf Bättig dankt für die Unterstützung der vorliegenden Motion.

#### 2.4 Motion Zeder namens der Grünen Partei: Kriens als Teil der Region Luzern Nr. 177/07

Gemäss Pia Zeder setzen sich die Grünen Kriens dafür ein, dass sich Kriens an der Fusionsdebatte in der Agglomeration beteiligt, sich auf den Prozess einlässt, den Prozess mitgestaltet und die Anliegen der Bevölkerung einbringt. Die Grünen erachten die Chance als einmalig. Die Diskussion steht am Anfang, der Prozess ist noch beeinflussbar. Auch sind sie überzeugt, dass Kriens in Zusammenarbeit mit andern Agglogemeinden gegenüber der Stadt Luzern aus einer Position der Stärke heraus agieren kann. Diese Ausgangslage kommt nicht wieder. Sich auf den Prozess einlassen, kritisch am Prozess mitwirken, heisst weder Ja noch Nein zur Fusion sagen. Dies ist aus Sicht der Grünen heute auch noch gar nicht möglich. Dazu braucht es:

- Beschaffung weiterer Entscheidungsgrundlagen – wie sie der vorliegende Vorstoss fordert
- Information und breite Diskussion in der Gemeinde

Erst wenn man die Auswirkungen kennt, Vor- und Nachteile abschätzen kann, ist ein abschliessendes Ja oder Nein zur Fusion möglich. Die Bevölkerung muss schon vorher dazu befragt werden, ob Kriens sich am Prozess beteiligen soll. Der rechtzeitige Einbezug der Bevölkerung ist für die Grünen ein absolutes Muss. Auch dies ist aber erst dann möglich, wenn bekannt ist, was dies bedeutet, worauf sich Kriens einlassen soll.

Warum wollen sich die Grünen auf den Prozess einlassen?

Was sehen sie als Chance einer Fusion? Was könnte der Mehrwert sein?

- Raumplanung: Heute fallen räumliche und politische Gebietsaufteilung auseinander. Man wohnt im selben Raum, für deren Entwicklung sind aber verschiedene Gemeinden zuständig. Eine Fusion würde eine einheitliche Steuerung und Planung der Siedlungs-, Landschafts- und Verkehrspolitik für den Raum Luzern ermöglichen. Die Grünen sehen darin eine Chance für den besseren Erhalt von zusammenhängenden Grünflächen und von Naherholungsgebieten, für einen weiteren Ausbau des ÖV, ganz allgemein für die bessere Berücksichtigung ökologischer Anliegen.
- Fusionierte Gemeinde ist demokratischer als Zweckverbände
- Frage der Höhe der Steuern steht für die Grünen nicht im Vordergrund, doch bietet die Steigerung der Finanzkraft neuen Handlungsspielraum bezüglich Verbesserung des Angebots für die Bevölkerung wie z.B. Kinderbetreuungsplätze

Wo liegen Risiken? Worauf muss besonders geachtet werden?

- Gestaltung des Fusionsprozesses: Länge der Spiesse
- Erhalt und Förderung von Gemeinde- und Quartierstrukturen: z.B.: Quartierschulhäuser, Kultur- und Sportstätten sowie Verwaltungsstellen mit starkem Publikumsverkehr ausserhalb eines neuen Zentrums.
- Respektierung des Zugehörigkeitsgefühls, der Identität: Erhalt und Förderung des gemeindeeigenen Vereinslebens, gelebter Kultur usw.
- Demokratiedefizit: In einem Gemeinwesen mit mehr EinwohnerInnen nimmt die Stimmkraft jeder/s einzelnen ab. Zwar wird dies teilweise dadurch aufgewogen, dass die Stimmberechtigten bei mehr Entscheiden, die sie betreffen, mitbestimmen können. Das allein reicht jedoch zur Kompensation des Defizits nicht aus. Es braucht Massnahmen, um die Demokratie zu stärken. Die Grünen haben sich bereits Gedanken gemacht unter folgenden Stichworten, die sie im Prozess gerne einbringen möchten: zur Mitwirkung und Mitsprache von Quartiervereinen / Schaffung von Wahlkreisen / Grösse von Exekutive und Parlament

Die Frage, ob die Stadtregion Luzern künftig eine Gemeinde sein wird und ob Kriens dazu gehört oder nicht, ist von grosser Bedeutung. Die Grünen wünschen sich, dass sich die Gemeinde als Teil dieser Region der Thematik stellt, sie fundiert prüft und der Krienser Bevölkerung so ermöglicht, einen gut abgestützten Entscheid für die weitere Selbständigkeit oder eine Fusion mit Luzern und allfällig anderen Gemeinden zu fällen.

#### 2.5 Motion Luthiger namens der SP: Objektive Diskussion "Zukunftsperspektiven von Kriens" Nr. 180/07

Judith Luthiger freut sich, dass der Gemeinderat die heutige Debatte führen und ihre Motion entgegennehmen will. Dies ist ein erster Schritt zu einer offenen Informationspolitik. Die SP Kriens will die Zukunftsperspektiven von Kriens diskutieren. Momentan gibt es weder ein eindeutiges Ja noch ein eindeutiges Nein zu möglichen Zusammenschlüssen. Es gibt nur ein Ja, "aber". Die SP will sich aktiv einbringen und hat eine positive Grundhaltung und sagt Ja, "aber", weil die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung erst beginnt. Die SP will den demokratischen Prozess mitgestalten. Einfach von vornherein Nein zu sagen ist undemokratisch und entzieht der Bevölkerung das Recht, mitzudiskutieren. Das wäre Verhinderungspolitik und nicht im Sinne einer Mehrheit der Krienser Bevölkerung. Es gibt viele Bedenken und viele offene Fragen zu diskutieren, aber auch viele Vorteile von Zusammenschlüssen. Packen wir es an und sagen kritisch Ja, "aber" und diskutieren alle Fakten und Fragen. Die SP will die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen und sich auf den Prozess einlassen und erst dann entscheiden, was für Kriens "richtig" ist.

Ohne Zusammenarbeit mit der Region wird Kriens keine S-Bahn bekommen. Eine vernünftige Verkehrsplanung wird unmöglich. Es braucht eine regionale Raumplanung. Jetzt endet Kriens an der Grenze der Allmend. Kriens muss sich einbringen. Deshalb ist für die SP wichtig, dass der Gemeinderat den Dialog mit der Bevölkerung, mit dem Parlament, den Quartiervereinen, den Organisationen, usw. aufnimmt. Erst dann ist eine objektive Meinungsbildung gewährleistet und erst dann können die BürgerInnen Ja oder Nein sagen. Also erst nach Abschluss des Meinungsbildungsprozesses – und nicht schon vorher, wie es momentan den Anschein macht. Die SP Kriens ist positiv gestimmt, neugierig und offen. Eine konstruktive Zukunftsgestaltung soll jetzt angepackt werden.

Die 1. Forderung der Motion – einen Zeitplan zu erstellen – soll offensichtlich erfüllt werden. Im Kriens Info konnte man bereits etwas dazu lesen. Die Sprecherin will auch genau wissen, wie der Gemeinderat den Prozess umsetzen will. Gibt es öffentliche Diskussionen, was plant der Gemeinderat diesbezüglich? Es soll ein Planungsbericht ausgearbeitet werden. Wer erstellt diesen? Die Motionärin fordert, dass zuerst die Fakten auf den Tisch gelegt und die brennenden Fragen der Bevölkerung geklärt werden müssen. Erst dann kann eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Die 2. Forderung – möglichst alle Organisationen, die Bevölkerung und das Parlament einzubeziehen – scheint gegeben. Die SP wird diesen Prozess genau verfolgen.

Auf die 3. Forderung – die Meinung des Gemeinderates bezüglich Zukunftsperspektiven von Kriens, ist die Motionärin gespannt. Sie bittet den Einwohnerrat, die Motion zu unterstützen.

#### 2.6 Dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens Nr. 189/07

Gemäss Peter Mattmann erhält der Gemeinderat mit der vorliegenden Motion einen klaren Auftrag:

1. Hauptziel: Der Gemeinderat soll die langfristige Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens aufzeigen.
2. Wenn Kriens eigenständig bleiben will, darf kein Krienser Gemeinderat in die Steuerungsgruppe für eine Grossfusion Luzern delegiert werden.
3. Der Gemeinderat muss eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden (Horw, Emmen) suchen, welche auch eigenständig bleiben wollen.

Die Motion erspart zudem keine ellenlangen teuren Planungsberichte (Rekapitulationen) und die Krienser Politik wird nicht blockiert (Zentrumsplanung, Gemeindeordnung). Somit findet keine schleichende Aushöhlung und Schwächung der Gemeinde bis sie zum Fusionskandidat wird, statt. Es gibt keinen Grund für Planungsberichte über Vor- und Nachteile einer Fusion. Es liegen bereits alle Entscheidungsgrundlagen vor. Die Vorteile, wie überregionale erfolgreiche Standortentwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Metropolen als Wirtschaftswachstumsmotoren, Metropolitanraum Nordwestschweiz, Demokratie, starke Stimme in Bern – sind für den Sprecher schwache Argumente. Die folgenden Nachteile einer Fusion sind für Peter Mattmann starke Argumente: Demokratieabbau, Finanzielles Abenteuer, Leistungsabbau, Einschränkung der Steuerhoheit und vor allem unökologisches Wachstumsprojekt (soziale Probleme, Gewalt auf der Strasse, Lebensqualitätsverminderung, Verkehrsprobleme, Grünflächen verschwinden). Der Sprecher nennt hierzu einige Beispiele und bittet den Einwohnerrat, seiner Motion zuzustimmen, damit der Gemeinderat aufzeigen kann, wie Kriens langfristig eigenständig bleiben kann.

Stellungnahme des Gemeinderates zu den Vorstössen:

Helene Meyer-Jenni zitiert zu Beginn folgende Zeilen aus dem Buch "Kriens – von den Anfängen bis zur Gegenwart":

*Kriens stand seit jeher unter dem Einfluss der nahen Stadt Luzern. Je mehr sich diese im 19. Jahrhundert entwickelte, umso stärker gelangten die Nachbargemeinden in den Sog des Zentrums. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ergaben sich neue Probleme, die eine engere Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Nachbargemeinden voraussehen liessen. In der früheren Gaswerksdiskussion warf der damalige Krienser alt Gemeindepräsident, Nationalrat Degen, offen die Frage auf, ob Kriens in zehn Jahren noch eine selbständige Gemeinde sei oder ob sie schon mit Luzern fusioniert habe...*

Die Thematik der Gemeindefusionen im Kanton sowie in der Agglomeration Luzern war schon im 19. Jahrhundert und ist auch zurzeit in vollem Gange. Mit dem Gemeindereform-Projekt Luzern 99 lancierte der damalige Regierungsrat Massnahmen für eine Strukturreform. Grund dazu war, dass der Kanton Luzern nach Beurteilung von Regierung und Parlament mit den bestehenden Strukturen für die Herausforderungen der Zukunft zu schwach sei, belegt insbesondere durch die Finanzkennzahlen im nationalen Vergleich. Die Gemeinden sollten also dringend (auch finanziell) stärker werden damit sie die immer komplexer werdenden Aufgaben der Zukunft bewältigen können. Auch die Strategie der Gemeindereform 2000 + (Nachfolge-Projekt von Luzern 99) umfasste aus diesem Grunde drei Aspekte:

1. den Finanzausgleich,
2. die Aufgabenteilung und
3. die Strukturreform der Gemeinden bzw. des Kantons.

Zu Beginn lag der Schwerpunkt des Gemeindereformprojektes bei den kleinen und ressourcenschwachen Gemeinden. Zunehmend wurde aber (nicht zuletzt aufgrund von Berichten und Analysen des Bundes) erkannt, dass besondere Herausforderungen und Probleme auch in den Kernstädten und Agglomerationen festzustellen sind. Der Bund hat inzwischen eine Agglome-



rationspolitik formuliert, welche Massnahmen für ein verstärktes Engagement des Bundes für die Agglomerationen enthält. Ausgelöst davon, wurde die sogenannte tripartite Agglomerationskonferenz gegründet, welche eine eigentliche Plattform zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Städten / Gemeinden im Bereich der Agglomerationspolitik darstellt.

Im Bericht "über die horizontale und vertikale Zusammenarbeit in der Agglomeration" von 2004 kommt die TAK zum Schluss, dass die politischen Strukturen in den Agglomerationen immer weniger mit der Realität übereinstimmen, die Aufgabenerfüllung zunehmend komplexer und teurer wird und die Gemeinden für die Erfüllung der Aufgaben eine Vielzahl von Vereinbarungen mit hohem Koordinationsaufwand abschliessen müssen.

Diese Situation wird vom Regierungsrat auch für den Kanton Luzern nicht wesentlich anders dargestellt: "Ein starker Kanton brauche auch starke Zentren", so ist im Planungsbericht über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes (B 172) an den Grossen Rat nachzulesen, welcher in der März-Session die Strategie der Regierung unterstützt hat. Die Strategie sieht vor, eine Vereinigung der Stadtregion Luzern im Zeitraum von ca. 15 Jahren mit finanziellen Mitteln im Umfang von 147 Mio. Fr. zu unterstützen, den Vereinigungsprozess in der Agglomeration Luzern aktiv und in Partnerschaft mit den beteiligten Gemeinden zu begleiten, sowie die Vereinigung Littau und Luzern zu unterstützen. Dieses Dekret wird aufgrund eines Referendums dem Volk unterbreitet.

Auch die Stadt Luzern hat (in Übereinstimmung mit dem Kanton) die Vision formuliert, dass sich die Kernstadt Luzern mit den Nachbargemeinden zusammenschliessen und ein neues starkes Zentrum mit über 100'000 Einwohnerinnen und Einwohnern bilden soll.

Ziele dieser Strukturveränderung sind, für die Herausforderungen der mittelfristigen Zukunft bezüglich wirtschaftlicher, soziodemografischer und räumlicher Entwicklung bereit zu sein. Dies bedeutet eine Positionierung innerhalb der Metropolregionen und eine die Stärkung im Standortwettbewerb als Arbeits-, Wohn- sowie Freizeitort zu erlangen.

Im Weiteren stellt die starke Steuerkonkurrenz unter den Zentralschweizer Kantonen den Raum Luzern unter grossen Handlungsdruck. Aber auch die Verkehrssituation und raumplanerische Fragen sollen durch eine gestärkte Stadtregion Luzern bedeutende Fortschritte machen.

Die Grundlagenstudie "Starke Stadtregion Luzern" nimmt die Beurteilung einer kleinteiligen Stadtregion gegenüber einer vereinigten Stadtregion Luzern vor und kommt zum Schluss, dass die vereinte Stadtregion bedeutende Vorteile und eine gestärkte Positionierung hervorbringen würde.

Unter diesen Prämissen, sowie unter dem Aspekt, dass mit der möglichen Fusion von Littau mit der Stadt Luzern die Gemeindeflandschaft der Agglomeration eine bedeutende Veränderung erfahren könnte, hat sich der Gemeinderat Kriens eingehend mit der aktuellen Situation auseinandergesetzt. In diese Auseinandersetzung miteinbezogen wurden:

- a) die vorliegenden und heute zur Debatte stehenden parlamentarischen Vorstösse
- b) die Tatsache, dass zunehmend auch Fragen des Tagesgeschäftes (beispielsweise die Zentrumsentwicklung, die Kulturstättenplanung und weitere) von der Positionierung der Gemeinde in Bezug auf mittel- und langfristige Strukturperspektiven beeinflusst und tangiert werden.

Der Gemeinderat stellt fest, dass sich die Ausgangssituation bzw. die Rahmenbedingungen, wie sie noch für die Erarbeitung des Legislaturprogramms 2004-08 vorlagen, verändert worden sind.

Der Gemeinderat Kriens teilt die Einschätzung, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons und der Region Luzern nach Massnahmen verlangen. Aus diesem Grunde hat der Gemeinderat Kriens den neuen Finanzausgleich, die Finanzreform 08 und die Steuergesetzrevision unterstützt.

Die Agglomeration Luzern mit rund 50 % der gesamten kantonalen Bevölkerung nimmt eine bedeutende und wichtige Rolle im Kanton ein. Ebenso stellt die Gemeinde Kriens als drittgrösste Gemeinde des Kantons unseres Erachtens, insbesondere in "Luzern Süd", eine Schlüsselposition ein.

Zwar skizzieren sowohl der Planungsbericht des Regierungsrates als auch die Grundlagenstudie eine Vorgehensweise, der Gemeinderat Kriens ist aber überzeugt, dass sich vorgängig eine Analyse – eine Beurteilung der Chancen und Risiken – von und für Kriens – mit oder ohne Fusion in der Agglomeration – aufdrängt.

- Welche Rolle will / kann / muss Kriens einnehmen, um die Anforderungen, Bedürfnisse und Erwartungen einer Bevölkerung für die Zukunft am sinnvollsten umsetzen zu können?
- Wo liegen Vor-, wo Nachteile? Was ist besonders zu beachten?
- Wie beurteilen wir die aktuelle Situation und die Entwicklungschancen als eigenständige Gemeinde?
- Wie steht es um die demokratischen Rechte?

Diese Fragen erachtet der Gemeinderat als vordringlich und entscheidend als Grundlage für eine Volksbefragung im Sinne einer Volksabstimmung. Dafür möchte der Gemeinderat einen Planungsbericht verfassen. Der Gemeinderat erachtet einen sorgfältige Vorgehensweise unter Einbezug von Parlament und Bevölkerung als sehr wichtig.

Nach einer Zustimmung zur Fusion Littau-Luzern stellt der Regierungsrat in Aussicht, dass er die Gemeinden zu einer Einsitznahme in eine Steuergruppe einladen werde. Der Gemeinderat stellt sich eine Abfolge der Schritte wie folgt vor:

- Der Regierungsrat beabsichtigt auf die Gemeinden zuzugehen und sie einzuladen, in einem offenen Prozess zu klären, ob und wie eine Fusion möglich ist. Diese Steuerungsgruppe müsste mit einer Grundsatzvereinbarung "mit offenem Ausgang" geregelt werden (Herbst 2007).
- Die Legitimation zum Eintritt in die Steuerungsgruppe in den jeweiligen Gemeinden ist unseres Erachtens zwingend durch die Stimmberechtigten einzuholen (Mitte 2008).
- Mit der möglichen Einsitznahme in die entsprechende Steuerungsgruppe müssten anschliessend die Details einer Fusion konkret geprüft werden. Damit das Stimmvolk in einer erneuten Abstimmung über die Kernfrage "Fusion: Ja oder Nein?" Stellung nehmen könnte.
- Und in einem dritten Schritte würde anschliessend über den Fusionsvertrag entschieden.

Aufgrund vorstehender Überlegungen geht der Gemeinderat wie folgt auf die einzelnen Vorstösse ein:

Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07)

An den Anfang seiner Motion setzt Peter Mattmann die Aussage, das Vorgehen von Regierungsrat und Stadtrat verletze die Volkssouveränität und die Gemeindeautonomie. Diese Beurteilung teilt der Gemeinderat nicht und beantragt Ihnen daher die Ablehnung dieser Motion aus folgenden Überlegungen:

1. Die Absichten des Regierungsrates des Kantons Luzern wurden bereits mit dem Legislaturprogramm 2003/2007 aufgezeigt und dokumentiert. Helene Meyer-Jenni zitiert daraus (Seite 7) unter dem Titel "Starkes Zentrum für einen starken Kanton": *"In der dicht besiedelten kleinräumigen Agglomeration Luzern sind die Reformziele schwieriger zu erreichen als auf der Landschaft. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden versuchen die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und zu verstärken. Die Strukturen dieser Zusammenarbeit sind heute kompliziert, für jede Aufgabe eine spezielle Organisation. Wir unterstützen daher alle Bestrebungen dieser Zusammenarbeit zu vereinfachen. Die grossen Städte sind die Motoren der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung unseres Landes. Luzern ist zu klein, um eine solche Rolle zu spielen. Wir unterstützen daher die Diskussion über eine markante Vergrösserung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch den Zusammenschluss von Gemeinden."* Im Frühling 2004 wurde dieses Legislaturprogramm im Grossen Rat diskutiert und im Grundsatz unterstützt. Inzwischen hat der Regierungsrat mit seinem Leitbild und der Botschaft zur Agglomerationspolitik B 172 dieser Strategie und Haltung deutlich Ausdruck verliehen. Diese Zielrichtung sowie die notwendigen Massnahmen wurden vom Grossen Rat anlässlich der März-Session 07 unterstützt.
2. Der Stadtrat Luzern zeigte ebenfalls schon mit der Gesamtplanung 2006/2010, mit einer sogenannten Stossrichtung seine Positionierung auf: *"Die Stadt schliesst sich mit allen dazu bereiten Nachbargemeinden zu einer neuen Stadtgemeinde zusammen. Diese wird mit dem 5-Jahres-Ziel wie folgt konkretisiert: "Die Stadt strebt den Zusammenschluss mit Littau an und schafft die Voraussetzungen für weitere Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden."* Die Gesamtplanung wurde vom Grossen Stadtrat im Herbst 05 unterstützt.

Diese beiden Aussagen von Regierung und Stadtrat Luzern waren also schon längere Zeit bekannt und transparent, wurden diskutiert und können aus Sicht des Gemeinderates Kriens nicht "verboten" werden.

Stadtrat und Regierungsrat haben nachfolgend im Sommer 2006 gemeinsam eine Grundlagenstudie zur Beurteilung der Strukturen in der Stadtregion Luzern in Auftrag gegeben. Damit sollte geklärt werden, welchen künftigen Herausforderungen sich Stadt und Agglomeration zu stellen haben und wie sich Stadt, Agglo und Kanton im Standortwettbewerb behaupten können. Als Untersuchungsperimeter wurden die Stadt Luzern und die direkt angrenzenden Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen, Horw, Kriens, Littau und Meggen festgelegt.

Eine Orientierung über das Vorgehen erfolgte durch Stadt- und Regierungsrat an die "betroffenen" Gemeinden. Gleichzeitig wurde darum gebeten, dass die Gemeindepräsidenten in einem Interview die Sicht der jeweiligen Exekutiven einbringen sollten, um die Grundlagenstudie möglichst breit abzustützen.

Der Gemeinderat Kriens hatte damit also Kenntnis von dieser Studie (und hatte diese auch nie verneint), wurde mit den Interview-Fragen rechtzeitig bedient, hat diese Beantwortung gemeinsam erarbeitet und wurde eingeladen, im Rahmen einer Behördenkonferenz Anfang Januar 07 die Studienergebnisse entgegen zu nehmen.

Die Studie "Starke Stadtregion Luzern" mit Untertitel "Szenarien und Handlungsempfehlungen für eine starke Stadtregion Luzern" kommt zum Schluss, dass ein Zusammengehen der unmittelbaren Nachbargemeinden (mit Ausnahme von Meggen) zu einer starken Stadt sinnvoll ist. Der Planungsbericht des Regierungsrates "über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes" (B 172) stützt sich unter anderem ebenfalls auf diese Studie ab.

Inzwischen haben sich der Regierungsrat, der Stadtrat Luzern, der Gemeinderat Littau sowie die jeweiligen Parlamente positioniert.

Auch der Gemeinderat Kriens hatte sich mit dem Legislaturprogramm 2004/2008 positioniert: *"Wir verstehen uns als Gemeinde mit eigenständiger Identität in der Agglomeration Luzern. Wir pflegen einen intensiven Austausch in der Agglomeration und nutzen alle Formen der Zusammenarbeit, die die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit verbessern."*

Weiter wird als Legislaturziel definiert: *"Nutzung des Potenzials für verschiedene Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinde sowie über die Gemeindegrenzen hinaus."*

Diese Aussagen sind ergänzt mit der Haltung unter "Horizonte": *"Kriens ist Teil der dynamischen Region Luzern."*

Als Massnahme deklarierte der Gemeinderat (siehe S. 15): *"Aktive Beteiligung an Agglo-Zusammenarbeit und Austausch mit anderen Städten"*.

Nun scheinen sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinde Kriens zu verändern bzw. eine Neu-Positionierung der Gemeinde Kriens in und mit der Agglomeration Luzern (vereint oder autonom) wird vom Gemeinderat als notwendig und zwingend erachtet. Dabei werden das Parlament und die Bevölkerung von Kriens einbezogen. Jeder Schritt muss legitim sein.

Der Motionär hat folgende Forderungen an den Gemeinderat:

1. *"...beim Regierungsrat des Kantons Luzern und beim Stadtrat von Luzern gegen die Einmischung in die Gemeindeautonomie von Kriens zu protestieren und ihn zu bitten, durch Verzicht auf Behördepropaganda einen fairen demokratischen Meinungsprozess zu garantieren."*

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass sowohl der Regierungsrat als auch der Stadtrat die Gemeindeautonomie und die Volkssouveränität von Kriens nicht verletzt haben und die demokratischen Abläufe einhalten. Wie der Meinungsbildungsprozess geführt wird, ist Sache der einzelnen Gemeinden und des Kantons. Der Gemeinderat sieht keinen Handlungsbedarf.

2. *"...die Herausgeberin der einzigen Tageszeitung unserer Region im Interesse einer fairen und demokratischen Meinungsbildung um mehr Zurückhaltung bei der Propagierung der Grossfusion zu bitten."*

Die Medien, insbesondere unsere Tageszeitung, nimmt eine wichtige Rolle im Meinungsbildungsprozess zu verschiedenen Fragenstellungen der Region und des Kantons ein.

Der Gemeinderat Kriens verhehlt nicht, dass er ab und zu mit dieser Berichterstattung nicht einverstanden ist. Dies unter anderem auch in Zusammenhang mit der Fusionsthematik. Der Gemeinderat Kriens hat bei besagtem Artikel Anfang Jahr interveniert und verlangt, dass diese starke Verkürzung und Zuspitzung berichtigt wird.

Der Gemeinderat Kriens hat sich wiederholt bei der Tageszeitung eingebracht und um sorgfältige, differenzierte Berichterstattung gebeten. Weitere Massnahmen erachten wir unter dem Aspekt der Meinungs- und Pressefreiheit als unnötig und kontraproduktiv.

3. *"...aus dem Verein LuzernPlus, dem Partner von Kanton und Stadt in der "Steuerungsgruppe" auszutreten, solange Fusionsaktivitäten des Gemeinderates nicht vom Volk bewilligt sind."*

Der Gemeinderat Kriens hat sich verschiedentlich für die Mitgliedschaft im Verein Luzern-Plus ausgesprochen sowie die Positionierung im Verein aufgezeigt. Der Beitritt zu Luzern-Plus ist für 3 Jahre erfolgt (2006, 2007 und 2008). Der Gemeinderat beabsichtigt diese Vereinbarung einzuhalten.

In der kontroversen und emotionalen Auseinandersetzung zur Fusionsthematik, bittet Sie der Gemeinderat, zwischen Inhalt und formalen Abläufen zu unterscheiden. Die vorliegende Motion zielt insbesondere auf die formalen Abläufe ab und unterstellt Verletzung von demokrati-

schen Grundsätzen sowie Umgehung von demokratischen Entscheiden. Diese Einschätzung teilt der Gemeinderat Kriens nicht und bittet Sie daher, die Motion abzulehnen.

#### Petition Kek zur Grossfusion (Nr. 188/07)

Die Beantwortung der Petition erfolgte im Zusammenhang mit der Behandlung der Motion "Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage" (Nr. 172/07).

Der Gemeinderat distanziert sich zur Aussage bzw. vom Vorwurf der Petitionäre an Regierungsrat und Stadtrat, in Bezug auf die Auftragserteilung für die Studie ohne vorherige Kontaktaufnahme mit dem Krienser Gemeinderat. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Petition ist abzulehnen.

#### Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07)

Der Gemeinderat teilt mit dem Motionär die Feststellung, dass in den vergangenen Wochen eine intensive Auseinandersetzung über Fusionen (ja oder nein) ausgelöst worden ist, sowie dass der Frage betreffend Organisation und Strukturen der Gemeinden grosse Bedeutung zukommt.

Durch die Aussagen der Grundlagenstudie und des Planungsberichts, dass eine stärkere Positionierung der Region Luzern durch den Zusammenschluss der Agglogemeinden mit der Stadt als wirkungsvollste Massnahme anzugehen ist, werden die Agglogemeinden aufgefordert, Stellung zu beziehen. Welches sind die Vor-, welches die Nachteile? Wo liegen Chancen und Risiken? Wie stellt sich die Bevölkerung zu diesen Fragen?

Im Gegensatz zum Motionär meint der Gemeinderat aber, dass die Erarbeitung der neuen Gemeindeordnung nicht in Frage gestellt ist, insbesondere da die Realisierung eines Zusammenschlusses einen Zeitraum von rund 10 Jahren beanspruchen würde.

Zudem sieht der Entwurf der Gemeindeordnung (wie auch die heute bestehende Gemeindeordnung) vor, dass bei Fusionen oder Gebietsveränderungen das obligatorische Referendum verlangt ist.

Der Gemeinderat kann sich mit der Forderung nach einer Volksbefragung insofern einverstanden erklären, dass eine Volksbefragung in Form einer Volksabstimmung definiert sein muss. Eine Befragung, beispielsweise durch ein Meinungsforschungsinstitut, erachten wir als untaugliches Instrument, da dies keine Legitimation für eine bestimmte Handlungsweise des Gemeinderates darstellt. Einzig die Volksabstimmung genügt als demokratische Legitimation für eine so zukunftsprägende Entscheidung.

Der Forderung des Motionärs, die Stimmbevölkerung früh miteinzubeziehen, ohne dass bereits konkrete Verträge ausformuliert sind, kann der Gemeinderat ebenfalls zustimmen.

Damit Parlament und Volk Stellung nehmen können, für oder gegen einen Eintritt in eine weitere Steuerungsgruppe, wird nach Beurteilung des Gemeinderates eine Einschätzung im Sinne eines Planungs- oder Grundlagenberichtes benötigt. Aufgrund einer solchen Analyse über die aktuelle Situation der Gemeinde Kriens kann in einem nächsten Schritt die Stellungnahme der Bevölkerung eingeholt werden, ob eine mögliche Fusion weiterverfolgt werden soll oder nicht.

Nachdem der Motionär den Zeitpunkt auf Frühling 2008 geändert hat und eine Volksbefragung einer Volksabstimmung gleichgestellt wird, ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern (Nr. 177/07)

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung der Motionärin vollumfänglich, dass für die Entscheidung betreffend Einsitznahme in eine Steuerungsgruppe und Weiterbearbeitung bzw. Vorbereitung eines Gemeindegemeinschafts eine fundierte Diskussion und eine demokratische Abstützung vorausgehen müssen. Dazu gehört unseres Erachtens ebenfalls eine Auslegung oder Analyse zu Chancen und Risiken und allfälliger Alternativen zur Fusion. Dies kann in Form eines Planungsberichtes geschehen.

Der Gemeinderat beabsichtigt, in Koordination mit Gemeinden in gleicher Situation (beispielsweise Horw und / oder Emmen) die Erarbeitung eines Planungsberichtes in die Wege zu leiten.

Dabei ist ein Auftrag an eine externe Begleitung vorzusehen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich für alle Gemeinden die selben Fragen stellen werden, die Antworten werden jedoch sehr unterschiedlich und individuell ausfallen. Sowohl in Bezug auf die finanzielle als auch auf die raumplanerischen und / oder gesellschaftlichen Aspekte werden jeweils unterschiedliche Einschätzungen und Haltungen resultieren. Möglicherweise kann aber die Einschätzung in Bezug auf alternative Formen, ergänzend zur Möglichkeit der Fusion zur vereinigten Stadtregion, wiederum für die betroffenen Gemeinden ähnlich ausfallen. Unter diesem Aspekt ist der Gemeinderat Kriens bereit und überzeugt, einen Planungsbericht oder einen Grundlagenbericht mit Einbezug von interessierten Nachbargemeinden einzuleiten und zu erarbeiten. Die Fragen sind für alle gleich; die Antworten fallen aber wahrscheinlich sehr unterschiedlich aus. Der Zeithorizont bis Ende 2007 erscheint einerseits knapp, andererseits zwingend, da eine Volksabstimmung betreffend Einsitznahme in eine Steuerungsgruppe auf Grundlage dieses Berichtes aufgebaut und entschieden werden sollte.

Aufgrund vorstehender Ausführungen ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Motion Luthiger: Objektive Diskussion Zukunftsperspektiven von Kriens (Nr. 180/07)

Der Gemeinderat teilt die Meinung der Motionärin, dass eine objektive Diskussion und Auseinandersetzung stattfinden muss, weist aber den Vorwurf, keine offene Informationspolitik betrieben zu haben, entschieden von sich.

Der Gemeinderat hat (nicht zuletzt auch aufgrund von parlamentarischen Vorstössen) seine Haltung immer wieder bekräftigt und betont, welche im Legislaturprogramm 2004-08 festgelegt und vom Parlament unterstützt worden ist.

Aufgrund der Dynamik auf Bundes- als auch auf Kantonsebene und den neusten Studien- und Planungsberichten sowie der möglichen Realisierung des Zusammenschlusses von Littau und Luzern, haben sich die Rahmenbedingungen verändert bzw. werden sie sich verändern. Dies veranlasst den Gemeinderat, die notwendigen Instrumente für nötige Beschlussfassungen bereitzustellen. Dies bedarf insbesondere eines Planungsberichtes in Bezug auf Chancen / Risiken, Aussichten und möglichen Massnahmen für Kriens und seiner Rolle in einer vereinigten oder kleinräumigen Agglomerationsstruktur. Der Gemeinderat nimmt zu den Forderungen der Motion wie folgt Stellung:

1. Zum Zeitplan: Ein Planungsbericht bis Ende 2007 soll Grundlage für eine anschliessende Beurteilung einer Einsitznahme in eine Steuerungsgruppe liefern. Eine Einsitznahme für die Prüfung konkreter Vor- und Nachteile einer Fusion mit Luzern muss zwingend mit einer Volksabstimmung legitimiert werden (voraussichtlicher Zeitpunkt 2008). Bei einer Zustimmung zur Einsitznahme in der Steuerungsgruppe wird der Prozess pragmatisch weiterge-

- führt unter Einbezug von stufenweisen, demokratischen Instrumenten (mehrmalige Zustimmung der Stimmbevölkerung zum jeweils nächsten Schritt).
2. Die Partner des demokratischen Prozesses für den Gemeinderat sind Einwohnerrat und Stimmbevölkerung. Dazu gehören Meinungsbildungsgefässe in allen erdenklichen Formen. Für die Erarbeitung eines Planungsberichtes beabsichtigt der Gemeinderat ein Zusammengehen mit Gemeinden in gleicher Situation (Horw, Emmen, allenfalls weitere). Die "Fühler" werden von den Gemeinderäten ausgestreckt. Im Sinne von Bündelungen von Kräften, Kosten und Prozessen sucht der Gemeinderat hier die vielbeschworene Zusammenarbeit.
  3. Der Gemeinderat erachtet eine intensive Auseinandersetzung mit Vor- und Nachteilen als wichtig. Das Ergebnis kann / soll heute noch offen bleiben. Eine Verweigerung zur Auseinandersetzung wäre aus Sicht und Verantwortung des Gemeinderates für eine zeitgemässe Gemeinde wie Kriens unseriös. Auch politische Arbeit muss sich immer den Fragen der Zeit stellen.

Unter diesen Aspekten beantragt der Gemeinderat die Entgegennahme der Motion.

#### Dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens (Nr. 189/07)

Der Gemeinderat mache die Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens vom Ausgang der Abstimmung Fusion Luzern-Littau abhängig, behauptet der Motionär mit der vorliegenden Motion. Der Gemeinderat präzisiert dazu, dass ein Zusammenschluss von Littau und Luzern, worüber am 17.06.2007 von der jeweiligen Stimmbevölkerung entschieden wird, Konsequenzen auf die umliegenden Gemeinden und somit auf die ganze Agglomeration Luzern haben würde. Diese Abstimmung wird entweder die Agglomerationsstruktur verändern und / oder ein "Fingerzeig" sein, wie die Bevölkerung (in diesem Falle jene von Luzern und Littau) zu Vereinigungen von grossen Gemeinden im Kanton Luzern steht.

Der Motionär führt weiter aus, dass sehr viel schon "studiert" und "beplant" wurde. Der Gemeinderat teilt diese Meinung insofern, dass tatsächlich seit einigen Jahren nationale, kantonale und teilweise regionale Überprüfungen und Studien erarbeitet worden sind. Was jedoch fehlt, sind die jeweiligen grundsätzlichen Auseinandersetzungen der einzelnen Kommunen im Voraus. Erst in einem eigentlichen Fusionsprojekt wurden diese dann aber ganz konkret angegangen.

Der Motionär führt weiter aus, dass die Bevölkerung bis jetzt nicht einbezogen bzw. nicht befragt wurde. Dies ist insofern richtig, dass noch keine Volksabstimmung in Kriens mit einer Fragestellung zu einer möglichen Fusion stattgefunden hat. Obwohl Veränderungen von Gemeindestrukturen seit einigen Jahren national und kantonale besprochen werden (vor vielen Jahren auch in Kriens!), ist die Diskussion in der Agglomeration und ganz besonders auch in Kriens erst seit kurzem intensiv geworden, "bewegen die Gemüter mehr oder weniger" und verlangen nach sorgfältigem Vorgehen. Wenn wir heute vor die Stimmbevölkerung treten und sie mit der Frage konfrontieren würden "Sind Sie für oder gegen eine Fusion der Gemeinde mit der Stadt oder den Agglogemeinden?" dann würden wohl sehr viele verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger zu Recht fragen, worum es eigentlich gehe? Welche Gründe dafür oder dagegen sprechen? Wie es um die Gemeinde Kriens stehe?

Fragen, die der Gemeinderat als berechtigt erachtet. Wenn der Gemeinderat also von der Absicht, einen so genannten Planungsbericht oder eine Vorabklärung in Aussicht stellt, dann geht es genau um diese Lücke, die zurzeit besteht.

Es geht nicht darum, erneut Papierberge zu schaffen, vielmehr muss ein so genanntes Stärken-/ Schwächen- und Chancen / Risiken-Profil der Gemeinde entworfen werden. Sie können zu Recht behaupten. Sie hätten bereits Kenntnisse über Stärken und Schwächen der Gemeinde. Sie nehmen möglicherweise den Finanzplan zur Hand, die Budgets und Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre. Der Gemeinderat meint jedoch, dass dies alleine (noch) nicht genügt, dass damit zu kurz gegriffen wird, um entscheiden zu können, ob und wie Kriens ernsthaft in eine konkrete Fusionsdebatte einsteigen soll oder nicht? Obwohl der Motionär explizit keinen Planungsbericht wünscht, verlangt er nun einen Bericht und Antrag mit 3 Zielrichtungen. Dazu äussert sich der Gemeinderat wie folgt:

#### Zu Forderung 1

*Die Gemeinde Kriens arbeitet überall, wo dies sinnvoll und möglich ist, mit den anderen Agglomerationsgemeinden zusammen, bleibt aber langfristig eigenständig.*

Die Gemeinde Kriens arbeitet bereits heute in möglichst vielen Projekten, die sinnvoll und möglich sind (teilweise jedoch von langwierigen, vertraglichen Entwicklungsprozessen begleitet werden) mit den Agglomegemeinden zusammen. Diese Zusammenarbeit gestaltet sich nicht immer leicht oder unproblematisch. Immer wieder werden auch die demokratischen Legitimationen (zu Recht) für solche Zusammenarbeitsprojekte und Umsetzungen eingefordert und hinterfragt.

#### Zu Forderung 2

*Die Gemeinde Kriens delegiert keinen Gemeinderat in die Steuerungsgruppe für eine Grossfusion Luzern.*

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Frage sorgfältig von Parlament und Stimmbevölkerung entschieden werden soll. Dazu erachten wir die Grundlagen aus dem Blickwinkel der Kommune Kriens zurzeit noch unvollständig. Diese Lücke wollen wir mit einem Planungsbericht bzw. einer Vorabklärung etwas verkleinern und so die Grundlage für einen guten Entscheid legen.

#### Zu Forderung 3

*Die Gemeinde sucht prioritär die institutionalisierte Zusammenarbeit mit anderen Agglomerationsgemeinden, die eigenständig bleiben wollen.*

Dieser Auftrag ist sehr schwierig umzusetzen, da die meisten Agglomerationsgemeinden heute in einem Entscheidungsprozess stehen und eine Aufteilung zwischen Gemeinden, die sich einer möglichen Fusion nicht stellen wollen oder können, und Gemeinden, die sich auf eine ergebnisoffene Diskussion einlassen wollen, noch nicht abschliessend erfolgt ist.

So stehen heute wohl nur Meggen und jene Gemeinden, die nicht zum eigentlichen Perimeter gehören (wie Malters, Rothenburg, Neuenkirch usw.) vor einer zurzeit geklärten Situation. Alle weiteren unmittelbaren Agglomegemeinden (Emmen, Ebikon, Adligenswil, Horw) äussern sich zurzeit mit einer mehr oder weniger grossen Bereitschaft, in eine ergebnisoffene Diskussion einzusteigen.

Eine Fokussierung der Zusammenarbeit, wie sie der Motionär fordert, wäre also zurzeit in der alltäglichen Zusammenarbeit gar nicht umzusetzen und zu vollziehen. Vor allem wäre auch eine Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern wohl unmöglich; das Angebot der Stadt an die Gemeinde Kriens bzw. den SC Kriens, im Falle eines Aufstiegs im Stadion Allmend zu spielen, wäre also nicht ermöglicht worden.

Aufgrund dieser Überlegungen sowie den Ausführungen zu allen anderen Vorstössen beantragt Ihnen der Gemeinderat, die Motion "Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens" abzulehnen.



Matthias Senn stellt fest, dass keine Kommission zu den Vorstössen Stellung nimmt. Das Wort haben somit die Fraktionen.

Gemäss Röbi Thalman ist die Gemeinde Kriens eine weltoffene und aktive Agglogemeinde mit rund 26'000 EinwohnerInnen. Sie verfügt über ein grosses Entwicklungspotential zwischen Land und Stadt und ist bekannt für ihre geographische und gesellschaftliche Attraktivität. Das ist Kriens, wunderschön umschrieben im Stelleninserat für den neuen Gemeindegemeinschafter bzw. die neue Gemeindegemeinschafterin. Kriens ist aber noch viel mehr: Kriens ist Heimat eines vielfältigen Brauchtums. Kriens hat über 100 eigene Vereine, die auch ohne Stadt überlebensfähig sind. Kriens hat auch eine lange politische Tradition.

Nun wollen "Fusionsturbos" die gewachsenen Strukturen zerstören, die Heimat verkaufen und die Dorfdemokratie abschaffen. Die politische Unabhängigkeit und die Gemeindegemeinschafterautonomie sollen dem Fusionsstreben von Kanton und Stadt Luzern geopfert werden. Durch gekaufte Expertisen werden nur die angeblichen Vorteile hervorgehoben. Es werden Spiele erfunden und gespielt, wie an der Luga. Aber die Grossfusionen sind kein Spiel, sondern bitterer Ernst. Im Grossen Rat haben alle Parteien ausser der SVP diesem Fusionsstreben zugestimmt: Die FDP einstimmig, die CVP einstimmig, die Linken alle, leider alle sagen ja zum Grossluzern, ausser der Schweizerischen Volkspartei. Sie hat eine klare Position.

Es wird spannend sein, welche Lokalpolitiker heute welche Position hier im Einwohnerrat vertreten werden. Gemäss heutiger Erklärung der Grünen sind sie für eine Fusion und bereit, den Sonnenberg zu opfern.

Kriens ist stark genug für die Zukunft. Kriens soll und kann eigenständig und selbständig bleiben. Die Gründe für diese Haltung sind allseits bekannt, Peter Mattmann hat die Argumente dafür geliefert. Nur noch ein Beispiel im Sinne einer Zukunftsperspektive: Man schreibt das Jahr 2025, die Grossstadt Luzern mit seinen 160'000 Einwohnern braucht Geld, dringend Geld; sie lässt gegen den Widerstand des Krienser Quartiers Teile des Sonnenbergs einzonen. Dagegen wird das Referendum ergriffen. Das Krienser Quartier stimmt mit 90 % dagegen, Grossluzern interessiert das herzlich wenig und stimmt mehrheitlich zu. Der Sonnenberg wird überbaut. Will man das? Die SVP nicht.

Die SVP unterstützt eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, aber keine Fusionen. Sie will aber auch ein starkes, attraktives Kriens, mit hervorragenden Dienstleistungen und tiefen resp. tieferen Steuern, damit Kriens im harten Wettbewerb bestehen kann und nicht - wie Littau - anfällig für Fusionen wird. Kriens muss die Steuern senken, um nicht in den "Fusions-trubel" zu gelangen.

Zu den einzelnen Vorstössen:

Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07)

Diese Motion geht in die richtige Richtung und wird von der SVP-Fraktion unterstützt.

Petition Kek zur Grossfusion (Nr. 188/07)

Die SVP unterstützt die Petition und beantragt, diese als Motion zu überweisen.

Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07)  
Diesen Vorstoss lehnt die SVP ab. Es braucht keine teure Volksbefragung, die nicht bindend ist. Die SVP will eine Volksbefragung, aber eine verbindliche. Bei der Abstimmung über die Gemeindeordnung wird man dazu Gelegenheit haben. Die SVP wird dann beantragen, dass

festgehalten wird, dass die politische Unabhängigkeit und die Gemeindesouveränität der heutigen Einwohnergemeinde Kriens erhalten bleibt. Dazu soll sich das Volk im Herbst äussern. Sagt das Volk zu diesem Vorschlag ja, dann ist die Fusion weg vom Tisch. Sagt der Souverän nein, dann muss man weiter schauen.

Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern (Nr. 177/07)

Auch diese Motion lehnt die SVP ab, obwohl die Punkte demokratische Abstützung und Mit-einbezug von Volk und Parlament "gut tönen" und richtig sind. Aber wir brauchen keine weitere Auslegeordnung, keine teuren Studien. Die Krienser wissen, was sie wollen. Sie werden mit der Gemeindeordnung Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten und sich entscheiden können, ob Kriens politisch unabhängig bleiben soll.

Motion Luthiger: Objektive Diskussion Zukunftsperspektiven von Kriens (Nr. 180/07)

Diese Motion lehnt die SVP ab. Die SP will die Fusion mit Luzern und versucht, das mit einer angeblichen objektiven Diskussion zu vertuschen. Wo bleibt hier die Objektivität, wenn der "Fusionsturbverein" LuzernPlus Fr. 200'000 pro Jahr zur Verfügung hat und Stadt und Kanton Riesensummen für Fusionen zur Verfügung stellen. Der Gegner hat keine Chance gegen die Übermacht. Hier von einer demokratischen Ausmarchung und von Partnersuche zu sprechen, stimmt ziemlich nachdenklich.

Dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens (Nr. 189/07)

Einer langfristigen Sicherung der Eigenständigkeit von Kriens stimmt die SVP zu. Sie will einen "Riegel schieben", denn die endlosen Debatten und Planungen sind "zum Fenster hinausgeworfenes Geld".

Die SVP lehnt aus folgenden Gründen Grossfusionen ab:

Aus ökonomischen Gründen: Selbst die Fusionisten geben zu, dass die ökonomischen Vorteile in Form von Synergien bescheiden sind. Zudem bedeuten solche Synergien den Verzicht auf dezentrale Strukturen; alles wird in Luzern gemacht und mit weniger Personal.

Demgegenüber sind die politischen Nachteile des Zentralismus sehr bekannt: Entfremdung der Bürger, Bürgernähe zur Politik geht verloren, die Menschen haben nichts mehr zu sagen, was in ihrer Umgebung zu geschehen hat (vgl. Sonnenberg). Bei einer Grossfusion würde im Stadthaus zu Luzern darüber beschlossen, wer wo zur Schule geht und, im Alter, wo ins Heim.

Die SVP hat ihre klare Position; sie ist gegen die Fusion Luzern-Littau und gegen Grossfusionen. Luzern 99 hatte auch nie dieses Ziel. Es sollten kleinere Gemeinden unter 3'000 Einwohner fusioniert werden.

Röbi Thalman will und kann nicht mit Luzern heiraten, er ist bereits mit Kriens verheiratet. Er sucht keine neue Braut und will auch keine Verhandlungen über eine Heirat.

Gemäss Simon Konrad bezeichnet man als Gemeindefusion das Verschmelzen zweier oder mehrerer bis anhin voneinander unabhängigen Gemeinden. Die Fusion kann als Eingemeindung in einen grösseren Verband erfolgen, wobei der Name der kleineren Gemeinde untergeht. Offensichtlich von grosser Bedeutung für den Kanton und die Stadt Luzern ist die Entwicklung der Gemeinden im Raum der Kantonshauptstadt. Am 17. Juni 2007 wird die Stimmbewölkerung über die Fusion der Gemeinden Luzern und Littau entscheiden, wodurch die Stadt Luzern mit fast 85'000 EinwohnerInnen zur siebt-einwohnerreichsten Stadt der Schweiz würde. Langfristig soll mit dem Zusammenschluss der Agglomeration mit der Kernstadt Luzern

eine einzige Gemeinde mit etwa 180'000 EinwohnerInnen geschaffen werden. Für solche Vorhaben braucht es Partner. Je stärker die Partner, desto stärker wird die Ehe. So wie die Gemeinde Kriens heute dasteht, sieht die FDP keinen Anlass zur Fusion. Kriens hat gesunde Gemeindefinanzen, ist ein Ort mit Charakter und es gibt viele EinwohnerInnen, die sich mit der Gemeinde identifizieren und denen die Lebensqualität zwischen Sonnenberg und Pilatus etwas wert ist.

Die Grundlagenstudie hat vor allem raumplanerischen Charakter. Diese Vorteile sind nachvollziehbar und werden unterstützt. Es liegt keine wirtschaftliche Studie vor – der Fusionsgewinn ist nicht erhärtet.

1934 wurde Oerlikon eingemeindet. Es dauerte 70 Jahre, bis sich Oerlikon vom tristen Quartier in einen attraktiven Ort verwandelte. Wahrscheinlich war der Stadt Zürich die Entwicklung des Zentrums doch wichtiger als die Aussenquartiere. Obwohl Fusionieren "in" ist, zieht die FDP aufgrund der vorliegenden Fakten vor, die Krienser Entwicklung selber zu gestalten und nicht auf eine "In-Fusion" von Luzern zu hoffen.

Sollte die Fusion Luzern-Littau am 17. Juni 2007 zustandekommen, unterstützt die FDP grundsätzlich den beabsichtigten Fahrplan des Gemeinderates, der die Absicht hat, gemeindeübergreifend zu agieren und spätestens in einem Jahr eine Befragung der Bevölkerung vorzusehen.

Zu folgenden Vorstössen stimmt die FDP wie folgt ab:

- Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07)  
*als Motion ablehnen, als Postulat zustimmen*
- Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07)  
annehmen (nur wenn Zeitpunkt statt Herbst 2007, so früh als möglich)
- Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern (Nr. 177/07)  
*annehmen*
- Abstimmung Motion Luthiger: Objektive Diskussion Zukunftsperspektiven von Kriens (Nr. 180/07)  
*annehmen*
- Motion Mattmann: Sistierung der Planung für ein neues Gemeindeverwaltungszentrum Kriens (Nr. 171/07)  
*ablehnen*
- Dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens (Nr. 189/07)  
*ablehnen*
- Petition Kek zur Grossfusion (Nr. 188/07)  
*Überweisung als Postulat*

Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07)

Hansruedi Kunz stellt fest, dass heute nicht ja oder nein zu eine Fusion gesagt werden kann, sondern nur die Vorstösse behandelt werden. Die CVP/JCVP-Fraktion hat die Stellungnahmen zu den verschiedenen Motionen aufgeteilt.

In der Einleitung fragt der Motionär, ob verschiedene Leute einen Prozess in Gang setzen, dessen Ergebnis schon im Vorherein feststehe. Meint der Motionär wirklich, dass das Ergebnis dieses Prozesses schon feststeht?

Es ist unbestritten, dass Regierungsrat und Stadtrat eine Fusion der Agglomerationsgemeinden wünschen. Ebenso unbestritten müsste es sein, dass sie ihre Ziele und Absichten auch

äussern dürfen. Es ist verständlich, dass dies den Fusionsgegnern nicht passt. Ob es aber Behördenpropaganda ist oder nicht und ob es notwendig ist, dagegen zu protestieren und zu bitten, darauf zu verzichten, ist mindestens sehr zweifelhaft. Ob sich dadurch etwas ändern würde, ist mindestens fraglich. Über eines muss man sich im Klaren sein: Solche Äusserungen, auch wenn sie vom Regierungsrat und vom Stadtrat Luzern gemacht wurden und jüngst auch vom Grossen Rat abgesehnet worden sind, sind für Kriens in keiner Art und Weise verbindlich. Die Gemeinde Kriens kann und wird selber entscheiden, ob und mit wem sie eine Fusion vollziehen wird. Darüber werden der Einwohnerrat und die Bevölkerung zu befinden haben. Bei den anderen Gemeinden ist es genau das selbe.

Im Moment sind die Faktenlage so dünn und der Informationsstand bei den Kontrahenten so unterschiedlich, dass es sowieso niemanden ernsthaft in den Sinn kommt, sich für eine Fusion auszusprechen.

Bekanntlich herrscht in der Schweiz Pressefreiheit. Deshalb wird eine Forderung an irgendein Medium, sei es Print, Radio oder Fernsehen, um mehr Zurückhaltung bei der Propagierung einer Fusion zu bitten, bei den Adressaten wohl nichts als ein süffisantes Lächeln hervorlocken. Möglicherweise würde darüber nicht einmal berichtet.

Über die Forderung nach einem Austritt aus dem Verein Luzern Plus hat sich der Einwohnerrat schon einige Male geäussert. Es gibt heute keine Fakten, die eine Änderung früherer Entscheide rechtfertigen würden.

Die CVP/JCVP Fraktion lehnt diese Motion deshalb ab. Ein solcher Prozess, wie Kriens ihn nun durchlaufen will, ist sehr demokratisch.

Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07)  
Gemäss Hansruedi Kunz verlangt die Motion, dass eine Volksbefragung durchzuführen sei. Allerdings hat es der Motionär nicht für nötig befunden, eine konkrete Frage vorzuschlagen. Er hat nur zur Bedingung gestellt, dass noch keine konkreten Verträge ausformuliert werden. Eigentlich kann man erwarten, dass man zumindest wissen sollte, was man eigentlich fragen will. Das ist wohl unbestritten. Im vorliegenden Fall hätte der Motionär sich darüber mindestens ein paar rudimentäre Gedanken machen können.

Aber eigentlich kann man verstehen, dass keine Frage vorgeschlagen wird. In Sachen Fusion ist nämlich nicht gerade sehr viel bekannt. Man weiss eigentlich nur, dass der Stadtrat von Luzern und der Regierungsrat des Kantons Luzern sich für eine Fusion der Agglomerationsgemeinden mit der Stadt Luzern ausgesprochen haben. Weiter weiss man, welche Gemeinden davon betroffen sein sollen und welche nicht. Dazu gibt es Berichte und Gutachten, die nicht im Auftrag der betroffenen Gemeinden erstellt wurden. Diese Berichte sind nur fragmentarisch als Zusammenfassung oder überhaupt nicht im Besitz des Einwohnerrates. Es ist aber nicht jedermanns Sache, Berichte im Umfang von über 100 Seiten herunterzuladen und auszudrucken. Man kann es so sagen: In Sachen Fusion wird buchstäblich im Nebel herumgestochert. Unter diesen Umständen eine Volksabstimmung durchzuführen, ist wohl nicht das, was die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von einem gewählten Parlament erwarten. Die Aufgabe des Einwohnerrates ist es, alle Fakten zusammenzutragen, die für einen solchen Entscheid relevant sind, und dann die sich aufdrängenden Fragen der Volksabstimmung zu unterbreiten.

Ob der im Kriens Info angekündigte Planungsbericht genügend hergibt, um eine Abstimmung durchzuführen, ist offen und darf heute bezweifelt werden, und zwar aus terminlicher und inhaltlicher Sicht. Es ist auch nicht klar, ob Berater oder eine Kommission diesen Bericht ausarbeiten werden.

Auch über die Arbeitsweise der Steuerungsgruppe ist nichts bekannt. Das weiss auch der Kanton noch nicht. Fest steht heute lediglich, dass es sich um einen ergebnisoffenen Prozess handeln soll. Eine Gemeinde kann jederzeit wieder aus der Steuerungsgruppe austreten. So-

lange es nicht klar ist, was zu fragen ist, braucht Kriens keine Volksabstimmung zu planen und durchzuführen. Auch eine Konsultativabstimmung fällt ausser Betracht, weil sie weder für die StimmbürgerInnen noch für die Behörden eine verbindliche Aussage erlaubt. Die CVP/JCVP Fraktion lehnt deshalb auch diese Motion ab.

Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07)

Für Franz Baumann geht der Vorstoss von einer Verschwörungstheorie aus. SP und Grüne leiden nicht unter der Wahnvorstellung, dass finstere Mächte im Hintergrund uns wie Marionetten halten, oder dass die Volkssouveränität verletzt wird. Aus diesem Grund gehen sie mit viel mehr Optimismus und ohne Abschottungsgedanken an die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit andern Gemeinden anzupacken. Zu den einzelnen Forderungen:

1. Proteste sind bei solchen Ängsten nicht das richtige Mittel. Der Begriff „Behördenpropaganda“ ist fehl am Platz. Im konkreten Fall wird jedes - selbst von einer neutralen Institution vorgestellte - Ergebnis einer Analyse als falsch, voreingenommen oder gar hinterhältig bezeichnet, nur weil das Resultat nicht der eigenen vorgefassten Meinung entspricht. Gerne wird dann der Begriff „befangene Experten“ in den Mund genommen. Die bisher zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht vorgefasste Entschlüsse, sondern gute Angebote, um uns eine eigene Meinung bilden zu können. Die Forderung 1 würde zum Ergebnis führen, dass Eunuchen an der Spitze der Politik Platz nähmen. Aus der realen Politik ist doch viel öfters die gegenteiligen Forderung zu hören: Führungsstärke zeigen. Nach Ansicht der SP und Grünen ist der faire, demokratische Meinungsbildungsprozess nicht beeinträchtigt.
2. Es ist naiv, bei einer Zeitung um mehr Zurückhaltung zu betteln. Zeitungen wollen in ihrer aktuellen Berichterstattung Exklusivität, so genannte Primeurs, auffällige Bilder, dicke Titel, Sensationen. Die Medien wollen Gegensätze aufzeigen, und wenn sie keine solchen finden, dann bauschen sie Differenzchen zu Konflikten auf: Schwarz-Weiss-Bilder sind gefragt ... und deshalb passen „Grautöne“ wie Kompromisslösungen und Zurückhaltung nicht zum heutigen Boulevard-Journalismus, an dem selbst eine NZZ heute nicht mehr „vorbeikommt“.
3. Bestens zur Verschwörungstheorie passt die Forderung Nr. 3, über die der Einwohnerrat schon mehrmals diskutiert hat. SP und Grüne verzichten darauf, alte und gleich gebliebene Argumente wiederzukäuen.

Die Fraktionen SP und Grüne lehnen die Motion ab.

Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern (Nr. 177/07)

Bernadette Hauser findet es gut, dass die Diskussion lanciert ist. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist es richtig, dass umfassend und vertieft Abklärungen getroffen werden, welche Vorteile, aber auch welche Nachteile entstehen, wenn Kriens mit Luzern und oder andern Gemeinden fusionieren würde.

Es ist genau abzuklären, wie die gemeinsamen Interessen und Aufgaben, die die Region Luzern hat, am besten gelöst werden können. Es kann sein, dass eine Fusion der richtige Weg ist, es kann aber auch sein, dass eine verstärkte Zusammenarbeit der Region, die in verschiedenen Bereichen bereits praktiziert wird und weiter ausgebaut werden soll, der richtige Weg ist. Die Offenheit für diese wichtigen Abklärungen ist nötig und es braucht sachliche und fundierte Analysen, damit der Bevölkerung in einer ersten Abstimmung die Argumente für die verschiedenen Optionen und Auswirkungen dargelegt werden können. Die CVP/JCVP-Fraktion ist klar für eine Volksabstimmung, aber dafür müssen wirklich umfassende Fakten vorliegen. Die Auswirkungen, wenn die anderen Gemeinden fusionieren und sich Kriens nicht beteiligt, müs-

sen ebenfalls dargelegt werden. Das Thema bewegt die Gemüter und birgt viel emotionales Potenzial. Gerade deswegen ist eine Auslegeordnung, die mit sachlichen Informationen die Bevölkerung zu Vor- und Nachteilen einer Fusion informiert und auch allfällige Alternativen aufzeigt, unabdingbar.

Die Mitarbeit in einer Steuerungsgruppe, mit Beteiligung aller betroffenen Gemeinden, bietet die wichtige Möglichkeit, unsere Anliegen einzubringen.

Auch hier wird es als richtig befunden, wenn das Volk mittels Abstimmung einbezogen wird. Die Motion von Pia Zeder zielt nach Auffassung der CVP/JCVP-Fraktion in die richtige Richtung. Sie verlangt einen Bericht, in dem einerseits Chancen und Risiken sowie allfällige Alternativen aufgezeigt werden sollen. Der Zeitplan scheint uns etwas ehrgeizig, denn diese Abklärungen sollen seriös und nicht unter einem zu grossen Zeitdruck gemacht werden. Wenn bis Ende Jahr ein Bericht vorliegt, der auf alle diese Fragen Antworten geben kann, ist dies gut, man sollte sich aber zeitlich nicht allzu sehr unter Druck setzen lassen. Die Motion verstärkt die geplante Vorgehensweise des Gemeinderates und deshalb wird die CVP/JCVP-Fraktion diese Motion unterstützen.

Petition Kek zur Grossfusion (Nr. 188/07) und Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07)

Gemäss Werner Baumgartner lehnt die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen des Kek's und die Motion Mattmann (Nr. 172/07) ab. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist das Anliegen Vogel-Strauss-Politik. Statt den Kopf in den Sand zu stecken, will man diesen einfach nicht gebrauchen. Die Gegner einer Fusionsdiskussion beschreiben bzw. leben in einer Idylle, die es nicht gibt und die es nie gab. Peter Mattmann beschreibt demagogisch eine zukünftige Zweitklassengesellschaft. Diese gibt es jedoch schon lange. Andererseits ist zu fragen, ob eine Fusion das Heilmittel für all unsere Probleme sein wird.

Was ist schlecht daran, an einer Diskussion unter Nachbarn teilzunehmen und eine offene Haltung und einen offenen Geist zu haben zu Fragen wie:

- Wollen wir unsere Zukunft gemeinsam und vielleicht sogar unter einem gemeinsamen Dach anpacken?
- Können wir unsere Probleme gemeinsam besser meistern?
- Was sind die Vor- und Nachteile eines Zusammenarbeitens mit unseren Nachbarn?
- Was passiert, wenn Kriens einen Alleingang wählt?
- Was sind die Vorteile eines Alleinganges?
- Welche sozialen, finanziellen und andere Auswirkungen hat ein Alleingang?

Warum will man nicht diese und viele andere Fragen zuerst beantwortet haben? Warum sammelt man nicht Fakten und entscheidet dann? Letztlich wird es aber eine persönliche und keine parteipolitische Entscheidung sein.

Die CVP/JCVP-Fraktion will einen überlegten und informierten Entscheid treffen und nicht einen, der geprägt ist von Unsicherheit, Unwissen und Angst.

Dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens (Nr. 189/07)

Gemäss Stefan Meyer kann die CVP/JCVP-Fraktion diesen Vorstoss nicht unterstützen, da er nicht zielführend ist. Der Motionär bemängelt, dass die Exekutive nicht legitimiert sei, den Prozess in Gang zu bringen. Vorschläge sind nicht nötig und nicht richtig.

Der Sprecher hat ein Interview mit dem Präsidenten der Legislative von Zürich gelesen. Unter anderem wurde erwähnt, dass das Parlament über 420 Geschäfte pendent hat und der Stadtrat von Zürich schon längst nicht mehr als kompetenter Partner wahrgenommen wird.

Die CVP/JCVP-Fraktion empfiehlt, die Motion abzulehnen.

Für Pia Zeder wäre eine "neue Stadt" nicht undemokratisch. Es gelten die gleiche Spielregeln wie heute. Wovor haben die Fusionsgegner Angst? Für die "böse" Stadt Luzern und den Kanton ist die Fusion von grosser Bedeutung. Heute geht es aber noch nicht um die Fusionsfrage. Man soll darum auf den Prozess eingehen.

Das von der SVP genannte Beispiel betreffend Sonnenberg ist das dümmste Beispiel, um den Grünen einen Vorwurf zu machen, diese schauten nicht zum Sonnenberg. Das Gebiet Gabeldingen wurde schliesslich dank den Grünen nicht überbaut.

Für Peter Mattmann ist sein Vorgehen genau ein "Musterablauf". Unser System ist so kaputt, dass man es teilweise nicht mehr versteht. Es besteht eine Verletzung der Gemeindeautonomie. Dies wird aber bereits nicht mehr als Verletzung betrachtet. Vor 150 Jahren war die Art von Demokratie eine unglaubliche Leistung. So, wie es heute läuft, ist es nicht richtig. Es ist ein Demokratieverlust, wenn Luzern entscheidet, was in Kriens passieren soll. Daran hat Luzern doch kein Interesse. Der Sprecher steht dazu, dass er antikiert ist.

Man durchläuft einen falschen Prozess. Dieser entstand nicht von unten, sondern von oben. Es kann keine Beurteilung einer Sache stattfinden, wenn man nicht weiss, woher sie kommt und wohin sie geht. Diesen Prozess kann man nur verstehen, wenn man die Globalisierung versteht. Der Sprecher nennt dabei verschiedene Beispiele von Prozessen. Kriens ist nur noch zu retten, wenn der Wille vorhanden wäre. Dem ist jedoch nicht so. Die sterbende Demokratie wird meistens unterschätzt. Peter Mattmann macht einen Hinweis auf ein Buch mit dem Titel "Das Ende der Grossen".

Pause von 16:10 Uhr bis 16:30 Uhr

Martin Heiz erwähnt, dass der Einwohnerrat Kriens 2008 vielleicht schon das letzte Mal eine Einwohnerratssitzung abhält, wenn der Fusionsturbo so weitergeht. Er ist überzeugt, dass am 30./31. Mai 2007 bereits wieder eine Fusionsdebatte stattfindet; nämlich dann, wenn über die neue Gemeindeordnung 2008 diskutiert wird.

Heute geben wir den kleinen Finger und Morgen bereits die ganze Hand. Kriens darf sich nicht wie Littau über den Tisch ziehen lassen. Alles, was heute überwiesen wird, ist bereits "der kleine Finger". Der Sprecher möchte lieber eigenständig sein, sonst hat Kriens wie Zürich schon bald 420 pendente Geschäfte im Rücken.

Rolf Bättig will eine Präzisierung seiner Motion. Sie soll nicht ein Opfer von Missverständnissen sein. Bei seinem Eintretensvotum hat er den Termin korrigiert. Die Bevölkerung muss Stellung nehmen können und der Einwohnerrat hat dies zu vertreten. Für Rolf Bättig kommt eine Volksbefragung einer Volksabstimmung gleich.

Gemäss Erich Tschümperlin stimmt es nicht, dass alle ausser SVP und Peter Mattmann für eine Fusion sind. Heute geht es nicht darum, wer für oder gegen eine Fusion ist, sondern darum, die Bevölkerung zu diesem Thema zu befragen. Man soll nicht warten, bis eine entsprechende Initiative lanciert wird, denn das Thema interessiert alle.

Judith Luthiger stellt klar, dass sich die SP auf den Prozess einlassen will und das Volk über die Eigenständigkeit entscheiden soll.

Bruno Bienz ist auch ein EU-Gegner und Vorderhand ein Fusionsgegner. Er wehrt sich aber nicht gegen den Prozess und eine Volksbefragung. Der Prozess muss stattfinden. Er empfindet es als arrogant, wenn die politisch Rechten bereits heute wissen, was die Bevölkerung will.

Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07)  
Gemäss Joe Brunner sind demokratische Entscheide ein guter Weg, um Entscheidungsprozesse einzuleiten oder eine Antwort auf offene Fragen zu erhalten. Nur muss dieser Prozess zuerst in den Köpfen von den ParlamentarierInnen geschehen und nicht beim Volk. Der Einwohnerrat kann sich vor der Verantwortung nicht drücken und hat den Auftrag, den ersten Schritt in der Abwägung zu tun. Er ist in der Pflicht, die Vor- und Nachteile zu analysieren und zu nennen. Wer ohne dieses Vorgehen eine Volksbefragung macht, bekommt eine Bauchentscheidung. Ohne fundiertes Wissen und Informationen ist aber eine solche schwere Entscheidung nicht möglich, bzw. stösst auf kein Demokratieverständnis.  
Die SP/Grüne-Fraktion will eine Volksbefragung, ja sogar eine in Etappen. Das Volk soll aktiv mitentscheiden, aber eben nur basierend auf Fakten und Analysen. Hysterie und Wahnvorstellungen von Fusion sind ein Teil, aber eben kein demokratischer abgeschlossener Weg. Der Zeithorizont bis Ende 2008 scheint angemessen. Vorher sind die Prozesse des Abwägens noch nicht soweit, um Vor- und Nachteile / Gewinner und Verlierer zu benennen. Die SP/Grüne-Fraktion will aber eine Abstimmung mit Kopfentscheidung und ein informiertes Volk, welches an der Urne weiss, worüber es entscheidet.  
Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt die Motion Bättig.

Gemäss Peter Mattmann stimmt es nicht, dass eine grosse Zahl der Bevölkerung den Prozess will. Das "Projekt" ist von der Behördenseite entstanden und nicht vom Volk. Man weiss nicht, ob die Bevölkerung dies will. Es soll eine Initiative gestartet werden, wenn das Volk über eine Fusion abstimmen will. Übrigens gibt es wissenschaftliche Untersuchungen, dass Fusionen zur Verschlechterung der Demokratie beitragen.

Helene Meyer-Jenni nimmt Stellung zu folgenden gesagten Voten:

Zu Röbi Thalmann: Kriens soll stark sein und ein guter, lebenswerter Ort sein. Es freut den Gemeinderat, wenn Kriens bereits genug stark ist und er ist glücklich, wenn eine Steuersenkung nicht wichtig ist.

Sonnenberg: Für die Sprecherin ist es interessant zu hören, wer damals wie abgestimmt hat.

Zu Simon Konrad: Es ist nicht richtig, dass i.S. starkes Zentrum keine Studien vorhanden sind. Es besteht eine CS-Studie über Stadt und Region. Darin erwähnt Rolf Hunkeler, dass die Fusion die Wirtschaft fördert. Klar, dass über Kriens keine Studie vorhanden ist.

Es kann nicht sein, dass man darüber streitet, wie die Bevölkerung abstimmen würde. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion Bättig nicht nur als Postulat, sondern als Motion entgegenzunehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr verlangt werden, lässt Matthias Senn über die Vorstösse einzeln abstimmen.



Abstimmung über die Motion Mattmann: Gewährleistung der Gemeindeautonomie und der fairen demokratischen Meinungsbildung in der Fusionsfrage (Nr. 172/07):  
Mit 6:20 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Abstimmung über die Petition Kek zur Grossfusion (Nr. 188/07) – als Motion:  
Mit 6:19 Stimmen wird die Petition nicht als Motion überwiesen.

Röbi Thalmann verlangt die Überweisung der Petition als Postulat.

Abstimmung:  
Mit 11:14 Stimmen wird die Petition auch nicht als Postulat überwiesen.

Für Werner Baumgartner ist die Abfolge der Abstimmung unlogisch. Er bittet, über die Motion Zeder vor der Motion Bättig abzustimmen.

Dem wird nicht opponiert.

Abstimmung Motion Zeder: Kriens als Teil der Region Luzern (Nr. 177/07):  
Mit 21:6 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Abstimmung Motion Bättig: Die Dynamik nutzen und Klarheit in der Fusionsfrage schaffen (Nr. 176/07):

Pia Zeder möchte wissen, über was nun genau abgestimmt wird.

Rolf Bättig will es an ein Datum geknüpft haben Er geht davon aus, dass die Aussagen des Gemeinderates verlässlich sind und nennt den Termin auf Frühling 2008.

Für Helene Meyer-Jenni soll der Bericht die Grundlage für eine Volksabstimmung sein und die Abstimmung braucht es als Grundlage für die Verhandlungen mit der Steuerungsgruppe. Ob der Bericht im März oder Juni 2008 vorliegt, kann sich nicht sagen. Aber der Gemeinderat will ja die Frage klären.

Simon Konrad will wissen, wie Kriens reagiert, wenn die Fusion Luzern/Littau scheitert.

Gemäss Helene Meyer-Jenni muss dann eine Analyse gemacht werden. Die Zielrichtung bleibt jedoch bestehen. Eine Ablehnung wäre eine Vereinigung. Der Gemeinderat muss dann klären, was nötig ist.

Gemäss Röbi Thalmann bleibt die SVP bei ihrer Meinung. Offene Fragen können nicht in eine Motion "eingepackt" werden. Die Fusionsfrage soll bei der Abstimmung über die neue Gemeindeordnung 2008 aufgelistet werden. Er ist mit dem vorgeschlagenen Text nicht einverstanden und ist darum gegen die Motion Bättig.

Rolf Bättig präzisiert seine Motion wie folgt: Wir bitten den Gemeinderat deshalb, so früh wie möglich, spätestens im Frühling 2008 eine Volksabstimmung durchzuführen, damit sich die Bevölkerung über eine Fusion mit Luzern äussern kann, ohne dass schon konkrete Verträge ausformuliert wurden.

Abstimmung Motion Bättig:  
Mit 21:4 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Abstimmung Motion Luthiger: Objektive Diskussion Zukunftsperspektiven von Kriens (Nr. 180/07):  
Mit 21:6 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Abstimmung dringliche Motion Mattmann: Langfristige Sicherung der Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens (Nr. 189/07)  
Mit 1:24 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

### 3. Motion Mattmann: Sistierung der Planung für ein neues Gemeindeverwaltungs-zentrum Kriens Nr. 171/07

Peter Mattmann erklärt einleitend, dass vom Einwohnerrat ein Projektierungskredit für die Zentrumsplanung beschlossen wurde, welcher als "Hauptstück" die neue Gemeindeverwaltung auf dem Pilatusareal beinhaltet. Die entsprechende Finanzierung soll mittels Landverkauf durch die Gemeinde erfolgen. In diesen Prozess leisten auch die Zentrumskommission- und die Kulturstättenplanungskommission diverse Arbeiten (wodurch Kosten verursacht werden).

Unabhängig von der Fusionsfrage ist es unseriös, Planungen voranzutreiben, bei denen die Voraussetzungen unklar sind. Ein neues Gemeindeverwaltungs-zentrum ist nicht sinnvoll, solange nicht geklärt ist, ob Kriens eigenständig bleibt. Es darf nicht die gleiche "Schildbürger-rei" betrieben werden, wie in Littau.

Dem Sprecher ist bewusst, dass der Gemeinderat Gegenargumentieren wird, es gehe nicht um ein Gemeindeverwaltungs-zentrum, sondern um das Gemeindezentrum. Laut dem damals genehmigten Kredit ist dies aber nicht der Fall. Man kann nicht einfach rückwirkend die Vorlage umformulieren. Wenn schon müsste eine neue Vorlage - die ein neues Gemeindeverwaltungs-zentrum nur als Eventualität enthält - erarbeitet werden.

Der Sprecher hat die Überlegungen des Gemeinderates dahingehend verstanden, dass beim Pilatusareal etwas geschehen muss. Eine Vermietung gestaltet sich jedoch schwierig, weshalb die Idee entstand, ein neues Gemeindeverwaltungs-zentrum zu realisieren und dieses mittels Wohnungsbau zu finanzieren. Die Überlegungen, die zu dieser Planung führten, stehen somit im direkten Zusammenhang mit einem neuen Gemeindeverwaltungs-zentrum und befassen sich nur am Rande mit der Zentrumsplanung. Ausserdem ergibt sich die Zentrumsplanung ohnehin nur, wenn Kriens eine eigenständige Gemeinde bleibt. Falls eine Fusion mit der

Stadt Luzern erfolgen sollte, wird Kriens nur ein Aussenquartier sein. Deshalb dürfen im heutigen Zeitpunkt keine Steuergelder verschleudert werden.

Wie Bruno Peter weiss, befürchtet der Motionär, dass Kriens in neun Jahren "nicht mehr existiert" und dass es keine Anhaltspunkte gebe, dass sich der Gemeinderat "nicht über den Tisch ziehen lasse". Es wird vom Motionär richtig erwähnt, dass - Gemeinderat, Verwaltung und Kommissionen - mit viel Aufwand und Herzblut mit der Zentrumsgestaltung die Attraktivität und die Lebensqualität im Krienser Zentrum nachhaltig verbessern möchten.

Am 18. Mai 2006 hat der Einwohnerrat der Zentrumsentwicklung zugestimmt und für ein Wettbewerbsverfahren auf dem Pilatusareal sowie die Vorbereitung für eine Umnutzung des heutigen Werkhofareals in ein Jugend- und Kulturzentrum ein Kredit von Fr. 400'000.-- gesprochen. Am 14. September 2006 hat der Einwohnerrat mit der Behandlung der Markt- und Standortsanalyse grünes Licht für die Durchführung des Wettbewerbsverfahren auf dem Pilatusareal gegeben. Das Wettbewerbsverfahren wurde am 3. November 2006 eingeleitet. 14 Planungsbüros aus der ganzen Schweiz sind zurzeit damit beschäftigt, einen Zentrumsbau mit den verschiedensten Nutzungsmöglichkeiten auf dem Pilatusareal zu entwickeln. Es geht also nicht darum ein Gemeindehaus zu bauen, sondern auf diesem Kernareal des Krienser Dorfkerns ein Bauwerk zu entwickeln, welches verschiedenste Nutzungen wie z. B. Wohnen, Detailhandel, Dienstleistungen, Verwaltung sowie einem Gemeindegemeinschaftsraum ermöglicht.

Selbstverständlich muss die Frage nach dem Standort der Gemeindeverwaltung diskutiert werden. Der Gemeinderat ist aber der Ansicht, dass eine Bebauung des Pilatusareals nicht abhängig vom Einzug der Gemeindeverwaltung sein darf.

Der Gemeinderat beantragt die Motion zum heutigen Zeitpunkt abzulehnen. Das Wettbewerbsverfahren befindet sich in der Endphase (die Projekte sind bereits abgeliefert) - auch die Kulturstätteplanungskommission befindet sich mitten in der Arbeit - es macht also kaum Sinn zum jetzigen Zeitpunkt einen Planungsstopp zu verfügen. Auch werden keine Steuergelder verschleudert. Bei einem Abbruch der Planung müssten die aufgelaufenen Kosten der 14 Wettbewerbsteilnehmer ohnehin entschädigt werden. Der Einwohnerrat bzw. die Bevölkerung von Kriens werden zu den Ergebnissen des Planungswettbewerbes Stellung nehmen können und die nachfolgenden Schritte, also Ausarbeitung eines Bauprojektes oder eben den verlangten "Übungsabbruch", beschliessen müssen.

Mit den verschiedenen Liegenschaften der Gemeinde müssen Infrastrukturen für Kriens geschaffen werden. Kriens muss stark bleiben, zu seinen Liegenschaften Sorge tragen und sich weiterentwickeln, denn erst dadurch kann die Eigenständigkeit überhaupt bestehen bleiben.

Der Gemeinderat geht heute von einer Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens aus und bittet den Einwohnerrat das eingeleitete Wettbewerbsverfahren zum Abschluss zu bringen und eine Beurteilung über das weitere Vorgehen nachfolgend vorzunehmen. Er beantragt deshalb, die Motion abzulehnen.

Erich Tschümperlin namens der SP/Grüne-Fraktion hält fest, dass sich der Vorstoss von Peter Mattmann in der Einführung - in bereits bekannter Weise - mit der Fusion Luzern/Littau beschäftigt. Ausserdem befürchtet der Motionär, dass Kriens ebenfalls der Fusion zum Opfer fällt. Darauf wird der Sprecher nicht mehr weiter eingehen.

Des Weiteren spricht der Motionär vom geplanten Verwaltungszentrum Kriens. Er schreibt in seiner Motion, dass mit viel Aufwand und Energie eine gemeinderätliche Kommission und verschiedene Architektur-Teams mit der Zentrumsplanung beschäftigt sind. Dies ist richtig und wurde vom Einwohnerrat so beschlossen. Die Arbeiten an die Architektur-Teams wurden vergeben und sind bereits weit fortgeschritten. Es macht überhaupt keinen Sinn diese Arbeiten zu stoppen, da sie bereits ausgelöst worden sind. Im Gegenteil, diese Arbeiten bilden die Grundlage für die nächsten Schritte. Würden sie jetzt abgebrochen, wären die Resultate und die entsprechenden Gelder auf jeden Fall verloren.

Die Planung sieht gemäss Bericht und Antrag an den Einwohnerrat Nr. 112/2006, Planungsbericht Zentrumsentwicklung Kriens, folgendes vor (Seite 3, Punkt 4): *"Auf dem Areal des ehemaligen Hotel Pilatus ist eine Überbauung zu konzipieren, die Raum schafft für unterschiedlichste Nutzungen. Neben der zentralen Krienser Gemeindeverwaltung sollen auch private Nutzungen (Büro, Dienstleistungsbereich, Detailhandel, Wohnen) möglich sein. Ein Gemeindesaal wird als Ersatz für den heutigen Pilatussaal im Verwaltungszentrum realisiert"*. Somit handelt es sich eben nicht um ein Gemeindeverwaltungszentrum Kriens, sondern um ein Zentrum, welches verschiedene Nutzungsformen zulässt und damit die Attraktivität von Kriens steigert, unabhängig von einer Fusion.

Weiter schreibt Peter Mattmann, dass die Planungsaufwendungen oder Baukosten eine Verschleuderung von Steuergeldern wären. Gemäss dem vorher erwähnten Bericht und Antrag ist das weitere Vorgehen definiert (Seite 13, Punkt 4, Abschnitt 2): *"Sämtliche Teiletappen der durch die Gemeinde zu realisierenden Projekte werden zu gegebenem Zeitpunkt dem Einwohnerrat zur Beratung und Genehmigung unterbreitet"*. Es werden also keine Baukosten ausgelöst, ohne dass der Einwohnerrat dazu Stellung nehmen kann. Der Sprecher ist sich sicher, dass der Einwohnerrat sehr sorgfältig über die Baukosten und die Teiletappen entscheiden wird. Solche Entscheidungen müssen im Rahmen einer Gesamtplanung getroffen werden und können nicht als isolierte Hauruck-Übungen behandelt werden. Aus diesen Gründen kann die SP/Grüne-Fraktion der Motion nicht folgen und lehnt diese ab.

Auch René Hug erklärt, dass die FDP-Fraktion die Motion entschieden ablehnt. Die Zentrumsentwicklung würde bei einer Überweisung dieses Vorstosses sistiert, und das würde das Krienser Dorf schwächen. Darunter hätten vor allem die Detaillisten und das Krienser Gewerbe zu leiden. Verschiedene Einkaufszentren in der Umgebung, wie z.B. der Länderpark und auch das Dorfzentrum von Horw haben ihr Angebot ausgebaut bzw. sich weiterentwickelt. Das schwächt Kriens. Wenn man die Zentrumsentwicklung abbricht, sendet man zudem auch ein positives Signal in Bezug auf eine Fusion Richtung Luzern.

Martin Heiz namens der SVP-Fraktion erachtet die Motionsstossrichtung an und für sich für begreiflich, jedoch vielleicht nicht unbedingt für schlau. Anhand dieser Motion erkennt man eigentlich, was die ganze Fusionsfrage bewirkt. Bereits jetzt - ohne das konkret etwas klar ist - wird man in den Handlungen eingeschränkt. Man riskiert, dass alles still steht. An und für sich müsste man deshalb den Gemeinderat klar zwingen, Farbe zu bekennen.

Die SVP wird die Weiterentwicklung des Zentrum nur unterstützen, wenn ein klares Nein zur Fusionsfrage kommt. Wie soll man den ein neues Zentrum vor dem Volk verkaufen können, wenn die Frage offen ist, ob man fusioniert oder nicht? Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie die Zukunft von Kriens aussehen kann. Einerseits kann es sein, dass Kriens Kriens bleibt, was

zu hoffen ist. Dann kann man - natürlich vorbehaltlich des Kredits - etwas gestalten. Andererseits kann es aber auch sein, das Kriens viel Geld ausgibt um dann letzten Endes doch nur ein Teil der Stadt Luzern zu werden.

Ein Nein zur Motion ist ein Bekenntnis für die Eigenständigkeit der Gemeinde Kriens. Aufgrund dieser Tatsachen konnte sich die SVP weder für ein Ja noch für ein Nein zur Motion durchringen und wird deshalb ihre Stimme enthalten.

Werner Baumgartner würde - selbst wenn Prophezeit würde, dass die Welt untergeht - im Zentrum mit dem Bauen beginnen. Dieser Entscheid richtet sich nicht danach, ob Kriens eigenständig bleibt oder nicht. Selbst wenn man sich für eine Fusion entscheiden sollte, möchte er nicht, dass Kriens wie Oerlikon 70 Jahre darauf warten, ein eigenständiges Quartier zu werden. Der Sprecher lehnt die Motion ab.

Peter Mattmann möchte klarstellen, dass sich seine Motion gegen das geplante Gemeindeverwaltungszentrum richtet und nicht gegen die Zentrumsplanung als solche. Es ist unsinnig dieses Projekt weiterzutreiben, wenn man nicht weiss, ob man zukünftig überhaupt noch eine Gemeindeverwaltung benötigt. Die heutigen Grundlagen sind einfach zu wenig klar. Das Zentrum braucht aber eine Planung, die auf guten und richtigen Voraussetzungen beruht. Jetzt erfolgt jedoch eine schlampige Planung. Es geht nicht nur um die Wettbewerbsgelder, die bereits gesprochen sind, es geht vor allem um die weiteren Planungs- und Umsetzungskosten.

Wenn das Projekt erst einmal vors Volk kommt, wird es sehr schwierig sein, den Krienser Einwohnerinnen und Einwohnern die gleiche Schildbürgerei wie in Littau zu verkaufen. Der Sprecher bezweifelt stark, dass bei der Volksabstimmung eine Zustimmung erreicht wird.

Bruno Peter wehrt sich gegen diesen Schlag unter die Gürtellinie. Es ist nicht korrekt, von einem unseriösen Projekt bzw. einer schlampigen Planung zu sprechen. Der Gemeinderat hat mehrfach betont, dass das Wettbewerbsverfahren erfolgt, die entsprechende Jurierung vollzogen wird und das weitere Überlegungen angestellt werden, die aber noch nichts kosten. Dann wird man die Krienserinnen und Krienser zum Thema Fusion befragen und dem Gemeinderat wird es ganz bestimmt nicht in den Sinn kommen, vorher Gelder zu beantragen. Der Gemeinderat wird nicht mehr Gelder ausgeben, als der Einwohnerrat bereits gesprochen hat. Ein Weiterdenken darf aber bereits heute erfolgen. Der Sprecher bittet den Einwohnerrat, die Motion abzulehnen.

Hansruedi Kunz möchte aufgrund des Votums des Baudirektors wissen, wie nun das genaue Vorgehen aussieht. Hat er das richtig verstanden, dass wenn die Abstimmung in Richtung Fusion positiv verläuft, kein Baukredit beantragt wird? Sein Ziel ist es nicht – wie dasjenige von Peter Mattmann - alles zu stoppen.

Für Bruno Peter ist es unbestritten, dass auf dem Zentrums-kern-Areal etwas passieren muss. Die Teiggli wird irgendwann aus Sicherheitsüberlegungen verlegt werden müssen und auch der gesamte Nordtrakt des Pilatusgebäudes liegt still.

Wenn die Abstimmung zeigt, dass Kriens eine eigenständige Gemeinde bleibt, dann soll auf dem Pilatus-Areal eine neue Gemeindeverwaltung zusammen mit anderen Nutzungen reali-

siert werden. Aber auch wenn die Abstimmung zeigt, dass eine Fusion erwünscht ist, muss trotzdem in diesem Gebiet etwas passieren. Dann muss man sich jedoch überlegen, in welche Richtung es gehen soll. Es müsste anstelle der Gemeindeverwaltung ein anderer Nutzer gefunden werden, der die Büroräume übernimmt. In diesem Fall müsste sicher noch eine klare Analyse erfolgen.

Dem Vorsitzenden liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Er lässt abstimmen:

Abstimmung

Mit 21:1 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

#### 4. Interpellation Mattmann: Wie verhält sich der Gemeinderat im Verein LUZERN PLUS? Nr. 158/06

*Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates:*

Mit der Interpellation Nr. 158/06 stellt Peter Mattmann (Chance 21) verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Gründungsversammlung des Vereins LuzernPlus, die am 14.02.2006 stattgefunden hat.

Ergänzend zu nachfolgender Beantwortung verweist der Gemeinderat auch auf die bereits erfolgten Behandlungen verschiedener parlamentarischer Vorstösse (z.B. Motion Nr. 086/05, P. Mattmann, "Referendumsfähiger ER-Beschluss über den Beitritt zu Luzern Agglo Contact" oder Motion Nr. 085/05, M. Heiz, "Geplanter Beitritt zu Luzern Agglo Contact" – beide Motionen wurden vom Einwohnerrat am 24. November 2005 abgelehnt).

Zu den einzelnen Fragen:

1. Warum hat die Vertreterin der Gemeinde Kriens die Position der Gemeinde Kriens bezüglich Eigenständigkeit bzw. Fusion zu einer Agglostadt an der Gründungsversammlung von LuzernPlus nicht offengelegt?

Die Position der Gemeinde Kriens bzw. des Gemeinderates Kriens wurde mehrmals mündlich als auch schriftlich in die Vereinsgründung eingebracht und thematisiert. Die Statuten des Vereins sehen sowohl die Zusammenarbeit der Gemeinden (ohne Zusammenschluss) als auch die Unterstützung von fusionsgewillten Gemeinden vor. Im Vorfeld der Gründungsversammlung fand eine intensive Auseinandersetzung um den genauen Wortlaut der Vereinstatuten unter den Gemeinden bzw. deren Vertretungen statt. Der Gemeinderat Kriens erachtet die Formulierung der heutigen Statuten (§ 2 Zweck, Absatz 2: "LuzernPlus fördert Bestrebungen für eine verbesserte Zusammenarbeit in der Agglomeration. Allfällige Gemeindegemeinschaften werden subsidiär unterstützt.") als korrekt und sinnvoll, da damit die verschiedenen Bedürfnisse der unterschiedlichen Agglomerationsgemeinden abgedeckt werden können. Eine zusätzliche Diskussionsrunde oder zusätzliche Anträge anlässlich der Gründungsversammlung wurden vom Gemeinderat Kriens nicht verlangt.

2. Warum ist die Gemeinde Kriens, als drittgrösste Gemeinde des Kantons nicht im Vorstand vertreten, während Luzern, Emmen, Meggen und Horw dies sind?

Aufgrund der Mitgliederzahl des Vorstandes und unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte wie Grösse und Lage der Gemeinde, Funktionen und Parteizugehörigkeit der Exekutiv-VertreterInnen sowie der Vertretung beider Geschlechter im Vorstand wurden die heute im Vorstand vertretenen Personen angefragt. Der Gemeinderat Kriens hat die Einsitznahme in den Vorstand nicht abgelehnt aber auch nicht aktiv eingefordert.

3. Wäre eine Vertretung von Kriens im Vorstand nicht umso wichtiger, weil die Fusionsziele des Vereins mit den Zielen von Gemeinde- und Einwohnerrat Kriens nicht übereinstimmen?

Der Gemeinderat Kriens hat seine Position in verschiedenster Art und Weise artikuliert und ausreichend eingebracht (beispielsweise auch anlässlich der Generalversammlung im Februar 2007, an der die Delegierte verschiedene Anträge zur Positionierung von LuzernPlus in Zusammenhang mit der Gemeindefusion Luzern-Littau einbrachte). Die Positionen der im Vorstand vertretenen Gemeinden sind zudem in Bezug auf die Fusionsfragen sehr heterogen. Gemeinsam ist aber die Zielsetzung durch den Verein LuzernPlus als Region und Agglomeration gestärkt und in der Aufgabenerfüllung verbessert zu werden. So engagiert sich LuzernPlus aktuell im Rahmen der Finanzreform 08 mit Nachdruck für eine Verbesserung zu Gunsten der Agglomerationsgemeinden. Aufgrund der Tatsache, dass Kriens zurzeit nicht im Vorstand vertreten ist, wird ein direkter Austausch in Form von Gesprächen zwischen dem Gemeinderat Kriens und einer Vertretung von LuzernPlus (Geschäftsführer und Präsident) gepflegt.

4. Warum hat die Gemeinde Kriens ihre Beteiligung an LuzernPlus nicht – wie andere Gemeinden – davon abhängig gemacht, dass der Verein die Zusammenarbeit der Agglomerationsgemeinden nicht mit der Zielsetzung einer fusionierten Agglo-Stadt belastet?

Wie vorgängig bereits erwähnt, hat sich der Gemeinderat Kriens zur Formulierung der heutigen Statuten mehrmals eingebracht und abschliessend der heutigen Formulierung zugestimmt. Die Stärkung der Agglomeration Luzern steht für den Gemeinderat Kriens absolut im Zentrum. Wie diese Stärkung erfolgen soll / kann, aufgrund der Bedürfnisse und Befindlichkeiten der jeweiligen Gemeinden, ist diesen zu überlassen. Dies bedeutet, dass sowohl Zusammenschlüsse (Fusionen) als auch reine Zusammenarbeits-Projekte mit LuzernPlus verfolgt werden können.

5. Wie gedenkt der Gemeinderat die demokratisch unhaltbare Situation zu beheben, sich an einem Verein zu beteiligen, der die fusionierte Agglostadt zum Ziel hat, während der Einwohnerrat die Eigenständigkeit der Gemeinde erhalten möchte?

Der Gemeinderat Kriens hält die demokratischen Abläufe und Spielregeln ein. Für die Positionierung und Entscheide in Zusammenhang mit einer möglichen Fusionsprüfung sind daher die entsprechenden Schritte mit Einbezug von Parlament und Bevölkerung vorzusehen.

Mit dem Engagement des Vereins LuzernPlus im Rahmen der Finanzreform 08 für eine Verbesserung der Globalbilanz zu Gunsten der Agglomeration wird unmittelbar dazu beigetragen,

dass sich die Agglo-Gemeinden eine gesunde Finanzbasis schaffen können. Eine gesunde Finanzlage ist – gerade auch für eigenständige – Agglo-Gemeinden von grosser Bedeutung.

Vom Einwohnerrat Kriens wurde wiederholt die Zusammenarbeit zwischen und mit den Agglomerationsgemeinden und der Stadt mit Nachdruck eingefordert. Dies insbesondere mit der Absicht einer Stärkung und Effizienzsteigerung für Kriens. Entsprechende Vorstösse wurden in jüngster Vergangenheit vom Einwohnerrat überwiesen (z.B. Motion Nr. 101/06 "Sparpotential durch Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden"). Der Verein LuzernPlus stellt dafür ein "Gefäss" für diese Vorgehensweise dar.

Der Gemeinderat hofft, dem Einwohnerrat mit diesen Ausführungen ausreichend Einblick in die Zusammenhänge anlässlich der Gründungsversammlung von LuzernPlus vom 14. Februar 2006 gegeben zu haben.

Der Vorsitzende legt dar, dass dieser Vorstoss schriftlich beantwortet und im Extranet veröffentlicht wurde. Er fragt den Interpellanten an, ob dieser mit der Beantwortung zufrieden ist.

Peter Mattmann ist mit der Beantwortung nicht zufrieden, er verlangt jedoch keine Diskussion.

## 5. Bericht und Antrag: Ortsplanung 2007 (1. Lesung)

- Eichhof-Areal
- Parkplatz Pilatusbahnen
- VA Tech Hydro Areal
- Regelung der Werbeflächen
- Kleinere Plankorrekturen

Nr. 184/07

Der Vorsitzende begrüsst Herrn Hansueli Remund, Planer, und Priska Burgener, Mitarbeiterin Baudepartement, als Sacherständige.

Franz Baumann erläutert, dass die Baukommission zu jedem Gebiet separat über das Eintreten diskutiert und abgestimmt hat. Mit Ausnahme der Parkplätze Pilatusbahnen war das Eintreten nie bestritten. Die Baukommission hat sich aber auch hier mit 5:2 Stimmen für Eintreten ausgesprochen. Der Sprecher wird in der Detailberatung zu den einzelnen Kapiteln die Haltung der Baukommission präzisieren.

Bruno Peter zeigt auf, dass sich die Revision der Ortsplanung aus unerledigten Pendenzen der Gesamtrevision 2000 (Nutzung Eichhof-Areal, Erweiterung Parkplätze Pilatus-Bahnen) sowie neuen Planungsbegehren (Umzonung eines Teilbereiches des VA-TECH-Areals, Regelung der Werbeflächen, kleinere Plankorrekturen) zusammensetzt.



In den bisherigen Planungsschritten wurde die Stellungnahme des Kantons sowie das Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Die Stellungnahmen der Mitwirkenden wurden in die vorliegende Botschaft miteinbezogen.

Zu den einzelnen Planungsbegehren gibt es folgende Bemerkungen:

#### Eichhof-Areal

Im Rahmen der Gesamtrevision 2000 wurde das Verfahren in gegenseitigem Einverständnis sistiert. Beabsichtigt war eine Zone für ein konkretes, massgeschneidertes Projekt zu schaffen. Verschiedene Projektideen und Abklärungen führten aber in der Folge zu keinem realisierbaren Projekt.

Die Zoneneinteilung ist heute immer noch offen. Die Rechtslage ist sehr unklar und unbefriedigend. Die Planungszone (öffentliche Auflage Gesamtrevision) ist erloschen, d.h. für das Areal der Brauerei Eichhof gilt weiterhin die alte Bauordnung aus dem Jahre 1983. Im Rahmen der Mitwirkung wurde mit allen Beteiligten - also Grundeigentümer, Raumplanungsamt, Stadt Luzern und der Gemeinde Kriens - Gespräche über mögliche Nutzung und Bebauung dieses städtebaulich sehr interessanten Areals geführt. Diese konstruktiven Gespräche führten zu folgenden Übereinstimmungen:

- das Bau- und Nutzungskonzept des Areals soll in einem qualifizierten Wettbewerbsverfahren erarbeitet werden
- das Programm für den Wettbewerb soll das ganze Eichhof-Areal beinhalten - also auch die Grundstücke auf Gebiet der Stadt Luzern - und in Zusammenarbeit zwischen Eigentümern, Gemeinde Kriens, Stadt Luzern und dem Kanton (vif) erarbeitet werden
- Gebaut werden soll in Etappen im Rahmen eines Bebauungsplanes
- Die Dichte soll in hohem Masse von den gewählten Nutzungen abhängen, Richtwert z.B. bei vorwiegend Wohnnutzung ca. 1.5. Bei einer Überbauung mit grösseren Arbeitsplatzanteilen kann die Dichte erhöht werden.

Das Schreiben vom 30. April 2007 von Rechtsanwalt Stadelmann an den Gemeinderat, die Baukommission und den Einwohnerratspräsident, zeigt, dass man miteinander geredet hat und dass man sich einig ist, dass ein Wettbewerb erfolgen soll. Es werden darin noch drei Punkte festgestellt, die man diskutieren möchte: Höhenbeschränkung beim Steinhofrain, Grünzone und Hecken. Bruno Peter erklärt, dass die von Herrn Stadelmann bemängelten Punkte nicht Gegenstand der vorliegenden Teilrevision sind, sondern bereits am 31. August 2000 vom Einwohnerrat verabschiedet und vom Regierungsrat genehmigt worden sind. Diese Bestimmungen sind somit heute rechtsgültig und können nicht einfach korrigiert werden. Wenn diese - was es der Gemeinderat aber nicht vorschlägt - trotzdem angepasst werden sollen, muss das gesamte Verfahren neu aufgezogen werden. Eine Änderung anlässlich der heutigen Sitzung ist nicht möglich.

#### Parkplatz Pilatusbahnen

Das Projekt "Parkplätze Pilatusbahnen" hat bereits eine lange Geschichte. Gemeinderat und Kanton haben stets das Bedürfnis nach zusätzlichen Parkplätzen anerkannt und einer Erweiterung auf dem firmeneigenen Grundstück grundsätzlich zugestimmt. Die neuere Geschichte ist hinlänglich bekannt: Anlässlich der Schlussberatung der Gesamtrevision 2000 hat der Einwohnerrat - entgegen dem Antrag des Gemeinderates - die vorgesehene Parkplatzfläche der Landwirtschaftszone zugewiesen. Die Pilatusbahnen haben anschliessend Beschwerde erhoben. Der Regierungsrat hat in der Folge das Genehmigungs- und Beschwerdeverfahren ausgesetzt, damit unter Federführung der Gemeinde nochmals nach einer - für alle Beteiligten -

akzeptablen und tragfähigen Lösung gesucht werden kann. Nach verschiedenen Abklärungen und dem Einbezug eines Landschaftsplaners sieht der vorliegende Antrag jetzt nur noch eine ins Gelände eingepasste Parkierungsebene von 20 Meter Breite vor. Das restliche Gelände soll der Landwirtschaftszone zugewiesen werden. Ebenfalls wird auf die Überdeckung der zweiten Parkebene verzichtet.

Die 44 neuen Parkplätze werden nicht alle Probleme lösen können, sie werden aber einen Beitrag leisten, damit der Suchverkehr und das "wilde" Parkieren im Quartier etwas eingeschränkt werden kann. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass diese Parkplatzerweiterung notwendig ist und das Quartier entlastet.

#### VA-TECH-Areal

Das zur Umzonung vorgeschlagene Areal ist heute den Arbeitszonen 3 und 4 zugeordnet. Nachdem das Areal heute für den Industriebetrieb nicht mehr beansprucht wird und zudem heute von Wohnsiedlungen umgeben ist, soll der entsprechende Areal-Teil sinnvollerweise einer Wohnzone zugeteilt werden. Im Mitwirkungsverfahren wurden die Bebauungsvorschläge grossmehrheitlich positiv beurteilt. Die grössten Vorbehalte bestanden hauptsächlich hinsichtlich von möglichen Bebauungshöhen entlang des Eschenrains.

Mit der gleichzeitigen Vorstellung des Bebauungskonzeptes und der gleichzeitigen Festlegung einer maximalen Bauhöhe im Bau- und Zonenreglement konnte ein grösstmöglicher Konsens zwischen allen Interessierten erreicht werden.

#### Regelung Werbeflächen

Die Gemeinde Kriens hat seit längerem ein Plakatierungskonzept, damit den zunehmenden Gesuchen und Werbebedürfnissen eine einheitliche Bewilligungspraxis zugrunde gelegt werden kann. Diese Richtlinien haben sich grundsätzlich bewährt. In einem Grundsatzurteil des Verwaltungsgerichtes wurde aber darauf hingewiesen, dass eine Verankerung dieser Richtlinien im Bau- und Zonenreglement notwendig ist.

Zusammenfassend können mit der vorliegenden Teilrevision die letzten Pendenzen aus der Gesamtrevision des Jahres 2000 erledigt werden. Die neu beantragte Umzonung eines Teilbereiches des VA Tech-Areales in eine Wohnnutzung macht aus städtebaulicher Betrachtung Sinn und ist zu empfehlen.

Der Gemeinderat beantragt, auf die vorliegende Botschaft einzutreten und damit für die öffentliche Auflage freizugeben.

Hansruedi Kunz schlägt vor - nachdem es sich eigentlich um unterschiedliche Vorlagen handelt, die alle in einer Botschaft behandelt werden - dass der Einwohnerrat zu jedem Teilgebiet separat das Eintreten beschliesst.

Der Vorsitzende stellt fest, dass diesem Vorgehen nicht opponiert wird. Somit ist auch das Rückweisen einzelner Teilgebiete möglich.

#### Eichhof-Areal

Franz Baumann informiert darüber, dass die BK anhand des Bericht und Antrages davon ausgegangen ist, dass eine einvernehmliche Lösung zustande gekommen ist. In der Zwischenzeit, d.h. am Tag der BK-Sitzung, hat jedoch der Rechtsanwalt der Brauerei Eichhof drei Diskussionspunkte mitgeteilt, die belegen, dass die Brauerei Eichhof mit dem Vorschlag nicht zufrieden ist. Dazu muss man allerdings feststellen – wie das Bruno Peter bereits ausgeführt hat - dass die Höhenbeschränkung, die Grünzone und die Hecke bereits in der Gesamtrevision des Zonenplans und des Bau- und Zonenreglements anno 2000 so beschlossen worden sind, d.h. dass die gleichen Forderungen bereits damals vom Einwohnerrat abgelehnt worden sind.

Die Baukommission ist mit der vorgeschlagenen Lösung einstimmig einverstanden. Je nach Entwicklung der Einsprachen soll der Beschluss über das Eichhof-Areal dem Einwohnerrat auf die 2. Lesung separat vorgelegt werden.

Viktor Bienz stellt fest, dass die CVP/JCVP-Fraktion gut leben kann mit der Zonenplanänderung im Gebiet Eichhof. Es macht Sinn, dass man dieses Gebiet endlich einer Zone zuführt. Fraglich ist, ob die 20 Meter Waldabstand im Zonenplan verankert sein müssen – so wie dies das Lawa verlangt – oder ob diese erst bei einem Baubewilligungsverfahren relevant sind.

Martin Heiz erklärt, dass für die SVP-Fraktion eintreten unbestritten ist. Sein Votum wird sich sowohl auf das Eichhof-Areal als auch den Parkplatz Pilatusbahnen beziehen.

#### Eichhof-Areal

Es ist schade, dass versucht wird, den Einwohnerrat bereits im Vorfeld mit viel Briefpapier zu beeinflussen. Die Betroffenen hatten bereits Mitwirkungsmöglichkeiten und können diese auch wieder nach der ersten Lesung in Einwohnerrat durch ihr Einspracherecht wahrnehmen. Es ist richtig, dass dieses Gebiet nun nach 7 Jahren endlich abgeschlossen werden kann. Wie bereits ausgeführt wurde, sind die im Schreiben von Rechtsanwalt Stadelmann aufgeführten Punkte rechtskräftig geregelt und daran kann heute nichts geändert werden.

#### Parkplätze Pilatusbahnen

Die geplante Erweiterung ist moderat. Der neue Parkplatz bietet sicher die bessere Lösung, als der bestehende Suchverkehr, welcher zu einer höheren Umweltbelastung führt und viele Abgase und Lärm produziert.

Die Pilatusbahnen sind ein wichtiges Unternehmen für Kriens. Die SVP will in Bezug auf die Wirtschaftsförderung ein Zeichen setzen. Nämlich, nicht nur neue Wirtschaft ansiedeln, sondern auch Massnahmen für die bestehende Wirtschaft treffen, um diese zu behalten. Die SVP wird den Änderungen zustimmen.

Laut Bruno Bienz ist auch die SP/Grüne-Fraktion für Eintreten zum Eichhof-Areal. Als Randbemerkung muss der Sprecher jedoch festhalten, dass die SP/Grüne-Fraktion die Informationspolitik des Gemeinderates für ungenügend erachtet. Wieso wurde der Einwohnerrat nicht über die rege Bautätigkeit zum heutigen Zeitpunkt informiert? Dort wo laut Zonenplan Wald sein müsste, ist jetzt eine Strasse und eine grosse Baustelle.

Nun zum Teilzonenplan Eichhof-Areal. Die SP/Grüne-Fraktion erachtet die Ausnützung als sehr hoch. Daher ist es wichtig, dass genügend Grünflächen geschaffen werden. Sie vermisst diese verbindlichen Angaben über eine Grünflächenziffer im Artikel 9 des Bau- und Zonenreglements. Zudem findet sie es wichtig, dass vor allem bei einer so verdichteten Bauweise der Waldabstand von 20 Metern unbedingt eingehalten wird. Auch die Dienststelle IAWA verlangt, dass in der neu festgelegten "speziellen Wohn- und Arbeitszone Eichhof" der Waldabstand durchgehend mit 20 Metern einzutragen ist. Wie auch das IAWA ist die SP/Grüne-Fraktion der Meinung, dass es aufgrund der verdichteten Bauweise vertretbar ist, eine 20-Meter-Waldabstandslinie im Zonenplan festzuhalten. Bauchschmerzen bereitet der SP/Grüne-Fraktion auch die ungelöste Verkehrsproblematik. Sie begrüsst aber einen städtebaulichen Wettbewerb in diesem Gebiet. Deshalb stimmt sie der Umzonung in der ersten Lesung zu.

Rolf Bättig hält einleitend fest, dass sich die FDP-Fraktion in Bezug auf das Eichhof-Areal grundsätzlich den Ausführungen der BK anschliesst. Die von Bruno Bienz gestellte Frage in Bezug auf den Waldabstand wurde auch an der BK-Sitzung gestellt. Dort hat Priska Burgener darauf hingewiesen, dass die Vermassung die Grünzone und nicht den Waldabstand betrifft.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Eintreten zum Gebiet Eichhof-Areal unbestritten ist.

#### Parkplätze Pilatusbahnen

Franz Baumann teilt mit, dass die Mehrheit der BK der Meinung ist, dass der heutige Vorschlag einen guten Kompromiss darstellt und dass damit endlich ein Schlussstrich unter ein politisch umstrittenes Geschäft gezogen werden kann. Aus dem Kreis der Befürworter stammt auch der Vorschlag, auf den neuen Parkplätzen eine Mischlösung für den Winter anzustreben, d.h. die Fläche soll - wenn immer möglich - für Schlittler im Winter befahrbar sein. Zonenplanmässig sollte die "überlagerte Sondernutzungszone Wintersport" über das neue Parkfeld gezogen werden.

Die Gegner des Eintretens sind der Ansicht, dass die wenigen Spitzentage eine Umzonung von der Landwirtschaftszone in die Zone für öffentliche Zwecke im Sinne von Autoparkplätzen nicht rechtfertigen, dass gerade an solchen Tagen das Parkhaus Hofmatt genügend Parkplätze anbiete und dass beispielsweise ein Shuttlebusbetrieb an diesen wenigen Tagen eine bessere Variante wäre, als die definitive Vernichtung von Landwirtschaftsland.

Einig ist sich die Baukommission, dass der Beschluss über die Parkplätze Pilatusbahnen auf die 2. Lesung dem Einwohnerrat separat vorgelegt wird.

Bruno Bienz erklärt einleitend, dass die SP/Grüne-Fraktion nicht auf dieses Teilprojekt eintreten wird. Der Sprecher ist sehr erstaunt über den heutigen Zeitungsartikel. Er hat zuerst gedacht, dass es sich bei dem fettgedruckte Abschnitt "50 Tage im Jahr" um einen Druckfehler handelt. Diese Aussage steht nämlich klar im Widerspruch zu Aussagen der Anwohner. Diese sprechen von ca. 10 Tagen. Wenn überhaupt ein Chaos entsteht, dann nur wegen dem fehlenden Leitsystem. Die vorhandenen Probleme können mit diesen zusätzlichen Parkplätzen nicht gelöst werden. Zudem entspricht dies nicht dem Verständnis der SP/Grüne-Fraktion für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Erschliessung der Parkplätze erfolgt über den Schlossweg. Das führt zu Mehrverkehr und grösseren Immissionen bei den Anwohnern. Die Bedarfsspitzen für diese Parkplätze gehen je nach Quelle von 5 bis 15 Tage im Jahr aus. Dies gibt keine Berechtigung für eine Umnutzung. Es wäre auch in der heutigen Zeit ein völlig falsches Signal. Denn es ist keine nachhaltige Lösung. Eine solche ist aber unbedingt anzustreben. Der Suchverkehr in den Quartieren wird weiterhin stattfinden. Dies kann nur über ein Park-Leitsystem vermindert werden.

Für die Erstellung des Parkplatzes soll ein Stück Landschaft geopfert werden, dass erstens noch nicht in der Bauzone ist und zweitens an einer sehr sensiblen Lage ist, nämlich am Schloss-Hoger. Dieser wird schon seit jeher als beliebter Schlittelplatz genutzt. Auch heute noch - nur gibt es heute viel weniger Alternativen.

Für die Spitzenstunden gibt es genügend Parkierungsmöglichkeiten in der Umgebung. So wird ja bereits an diesen Tagen der Pausenplatz im Kirchbühschulhaus sowie der Kirchrain für Parkplätze geöffnet. Wie schon von verschiedener Seite gefordert, müssen die 200 Parkplätze im Hofmattparkplatz auch in die Planung einbezogen werden. Das heisst, dass die Signalisation der Parkierungsmöglichkeiten schon im Zentrum mittels eines Parkleitsystems erfolgen muss. Mittels eines Shuttelbusses können die Besucher ohne Probleme vor die Pilatusbahnen chauffiert werden. Da diese weiterhin wachsen wollen, braucht es ein Gesamtkonzept und nicht die heutige Salamtaktik.

Die SP/Grüne-Fraktion ist sich bewusst, dass die Pilatusbahnen ein grosser Wirtschaftsfaktor in der Gemeinde Kriens sind. Aber es kann nicht sein, dass sie von einem ausgezeichnetem Geschäftsjahr sprechen, die Erhöhung der Dividenden beantragen usw. aber die Anwohner bekommen nur die negativen Seiten zu spüren. Die Toleranz ist gegenüber den Bahnen sehr gross. Aber alles hat seine Grenzen. Man darf von einer glänzend positionierten Bahn sicher auch Nachhaltigkeit und Rücksicht gegenüber Mensch und Natur verlangen. Schlussendlich profitiert die Bahn ja auch von einer intakten Natur mit einem nicht "amputierten" Schloss-Hoger. Abschliessend kann man also feststellen, dass man gar nicht fusionieren muss, damit die in der vorherigen Debatte genannten Ängste betreff Überbauung des Sonnenberges wahr werden. Statt auf dem Sonnenberg findet dies auf der anderen Seite, nämlich am Schloss-Hoger statt (und dies ohne Einfluss von Luzern).

Die GB /SP Fraktion lehnt diese Umzonung klar und einstimmig ab.

Daniel Piazza namens der JCVP/CVP-Fraktion erscheint die qualitativ gut in die Landschaft und ins Gelände eingepasste dritte Parkierungsebene gerade im Vergleich zu der im Rahmen der Ortsplanung 2000 formulierten Absicht, eine zweigeschossige Parkierungsanlage zu erstellen, wesentlich sinnvoller und aus einem ökologischen Standpunkt vertretbarer. Zudem ist der JCVP/CVP-Fraktion eine Eindämmung der „Wildparkiererei“ im Quartier ein grundsätzliches Anliegen. Auch scheint es vorderhand - zumindest aus Sicht der Pilatusbahnen - plausibel, 44 neue Parkplätze zu erstellen. Trotzdem ist es schwer, aufgrund der spärlichen Versorgung mit Informationen eine Meinung zu fassen. Es wäre deshalb äusserst wünschenswert, wenn die Transparenz hier markant erhöht werden würde. Es ist für einen sauberen, gewissenhaften und möglichst alle Einflussfaktoren einbeziehenden Entscheid zwingend notwendig, dass noch mehr Informationen an den Einwohnerrat fliessen. So stellt die JCVP/CVP-Fraktion beispielsweise Fragen wie "Ist ein Herunterschlitzen nach der Erstellung der dritten Parkierungsebene noch möglich?", "Wie sieht der Bedarfsnachweis seitens der Pilatusbahnen konkret aus?" und "Welche Alternativen wurden geprüft - gibt es beispielsweise noch ökologischere Alternativen?".

Diese nicht abgeschlossene Auflistung offener Fragen ist dahingehend zu interpretieren, dass sich die JCVP/CVP-Fraktion noch mehr Transparenz wünscht; es fehlen momentan zu viele Informationen, die sie benötigt. Deshalb äussert der Sprecher den Wunsch, dass der Einwohnerrat in diesem Fall mit noch mehr wichtigen und relevanten Unterlagen und Informationen versorgt wird.

Nichts desto trotz votiert die JCVP/CVP-Fraktion für das Eintreten.

Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion erachtet die vorgeschlagene Lösung als ausgereift und lang und breit diskutiert. Die Vorteile sind bekannt. Es gibt keinen Suchverkehr mehr und diese Lösung entspricht auch dem Rechtsweg. Heute findet erst die erste Lesung im Einwohnerrat statt. Die Direktbetroffenen haben also noch die Möglichkeit, eine Einsprache zu erheben, wenn sie nicht einverstanden sind.

Die Zustimmung zu diesem Vorschlag ist ein Bekenntnis für den Tourismus, von dem im übrigen die Agglomeration Luzern zu einem wesentlichen Teil lebt. Nicht zuletzt deshalb ist es sinnvoll, diese Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Die FDP-Fraktion bittet den Einwohnerrat um seine Zustimmung.

Auch Robert Thalmann namens der SVP-Fraktion bittet den Einwohnerrat, auf dieses Geschäft einzutreten. Es handelt sich dabei um eine massvoll Erweiterung, die ein Bepflanzungskonzept beinhaltet. Dieses wurde von einem bekannten Landschaftsarchitekten erarbeitet. Es ist jedermann klar, dass es sich dabei um einen Kompromiss handelt, der in einem Zeitraum von 7 Jahren erarbeitet wurde. Die heute präsentierte Lösung entspricht nur noch ca. der Hälfte des ursprünglich diskutierten.

Die angeblichen Lösungsvorschläge, beispielsweise das Parkieren in der Hofmatt, sind nicht realistisch. Welche Familie mit Kindern will schon bei der Hofmatt aussteigen und dann mit dem Bus zur Talstation fahren. Der vorgesehene Shuttlebus wäre sehr teuer und würde kaum genutzt. Er würde dauernd mit 2-3 Personen hin und her fahren und das Quartier würde durch zusätzlichen Lärm belastet. Dies will man sicher nicht. Es wäre ein klarer Wettbewerbsnachteil für die Pilatusbahnen. Diese sind auf die Parkplätze angewiesen, wären sie es nicht, müsste notfalls der Kanton einschreiten, nachdem er einen klaren Bedarfsnachweis verlangt hat.

Die Kritik in Bezug auf die Transparenz kann die SVP teilweise mittragen. Dies wird sich im Hinblick auf die zweite Lesung sicher verbessern.

Die Pilatusbahnen sind ein zentraler und wichtiger Wirtschaftsfaktor in Kriens und zudem weit über die Region hinaus bekannt. Nicht zu vergessen sind die Leistungen der Pilatusbahnen für Kriens als Wohn- und Arbeitsort. Sie machen viel für die Menschen und die Umwelt, sie bieten diverse Freizeitangebote an (Spielplatz, Drachenmoor, Wanderwege, Feuerstellen, Events). Der Neubau des Spielplatzes Krienseregg weist beispielsweise ein Investitionsvolumen von rund Fr. 350'000.-- aus. Ihr Beitrag zur Wertschöpfung des Gewerbes betrug 2006 Fr. 410'000.--. Ausserdem bieten die Pilatusbahnen mittlerweile 150 Arbeitsplätze an, wovon 35 Mitarbeitende ihren Wohnsitz in Kriens haben. Die Pilatusbahnen geben somit viel zurück für die geplanten 44 Parkplätze.

Seitens von Bruno Amrhein wurde sinngemäss mit einem Referendum gedroht. Der Sprecher ist davon überzeugt, dass die Krienserinnen und Krienser aber hinter diesen Parkplätzen stehen werden.

Ursula Müller-Huber ist sich sicher, dass diese 44 Parkplätze das Problem nicht definitiv lösen werden. Diese sind höchstens ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Sprecherin ist der Meinung, dass auch die Pilatusbahnen in die Pflicht genommen werden müssten. Es genügt nicht, dass diese lediglich den Nachweis für ihren Bedarf erbringen, und dann werden die Parkplätze erstellt. Die Pilatusbahnen müssen ein Parkierungskonzept vorlegen, sei dies nun mittels Shuttlebus oder frühzeitiger Signalisation etc.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die SP/Grüne-Fraktion das Eintreten bestreitet. Deshalb wird darüber abgestimmt:

Abstimmung

Mit 13:12 Stimmen wird auf den Teilzonenplan Pilatusbahn eingetreten.

VA Tech Hydro Areal (Eschenweg/Zumhofweg)

Franz Baumann namens der BK weiss, dass sich nach heutiger Einschätzung diese Arbeitszone am falschen Ort befindet. Die Frage „Was wäre, wenn die VA Tech heute nicht mehr in Kriens wäre?“ ist aber rein rhetorisch. Die Entwicklung der Maschinenfabrik Bell seit dem vorletzten Jahrhundert hat in Zonenplanfragen immer dazu geführt, dass niemand diese Arbeitsplätze mitten in der Stadt Kriens je gefährden wollten. Der etwa gehörte Begriff „Flickwerk“ muss deshalb relativiert werden, weil eine städtebaulich langfristige und positive Entwicklung dieses Gebietes immer mit der Konsequenz verbunden werden könnte, dass Kriens Hunderte von traditionellen Arbeitsplätzen gefährdet. Der vorgesehene lange fünfstöckige Riegel zwischen VA Tech und dem „neuen Wohnen“ kann deshalb nur als zweckmässig oder sogar notwendig betrachtet werden, kaum aber als städtebaulich interessante Lösung. Die Baukommission ist mit der vorgeschlagenen Umzonung einverstanden.

Für Bruno Bienz namens der SP/Grüne-Fraktion ist es an und für sich für eine gute Sache, wenn im Zentrum Bauland für Wohnraum frei wird. Im vorliegenden Fall hat die Sache aber leider einen Hacken. Seit einiger Zeit ist die Lärmsituation im Areal unbefriedigend und noch nicht gelöst. Die Lärmemissionen entsprechen nicht den Grenzwerten. Trotz Gestaltungsplanentwurf mit Lärmriegel ist es nach Ansicht der SP/Grüne-Fraktion vorprogrammiert, dass die Klagen auch von den neuen Häusern kommen werden. Daher fordert sie, dass bis zur zweiten Lesung die schon lange versprochene Verschiebung der Beschichtungsanlage endlich realisiert wird. Diese muss vor der Umzonung abgeschlossen sein, was auch im Interesse der Landbesitzer und des Generalunternehmers liegen dürfte.

Stefan Meyer namens der CVP/JCVP-Fraktion erachtet das vorliegende Projekt mit Illustration als eine interessante Gestaltungsidee der Grundeigentümerin und des Baupromotors. Das man die brachliegende Industriefläche neu nützen will, ist durchaus verständlich. Isoliert betrach-

tet, ist dieses Vorgehen durchaus verfolgenswert. Beim Entscheid des Einwohnerrates geht es aber nicht darum, ob das Projekt einem gefällt oder nicht. Der Einwohnerrat hat die Zone zu bestimmen und damit, was auf dieser Fläche des Gemeindegebietes inskünftig möglich sein wird. Er hat festzulegen, welche Nutzung für eine Qualitätsentwicklung die Beste ist.

Bisher war es eine Arbeitszone, nun soll es eine reine Wohnzone werden. Dies bedeutet weniger Raum für mögliche künftige Arbeitsplätze. Dies hat eine Verstärkung der Schlaf- und Konsumstadt zur Auswirkung. Gearbeitet wird ausserhalb, die Pendlerströme nehmen zu. Dieser Trend ist aber nicht wünschenswert. Der Wohnbau hat in Kriens "fiebrige" Temperaturen erreicht.

Daraus lässt sich folgern, dass die Arbeitszone im Zentrum erhalten werden soll - auch als Option für die Bedürfnisse der Gemeinde, z.B. Teile des Werkhofs oder der Feuerwehr. Die Ausweitung der Wohnzone setzt zudem den Rest des Bell-Areals unter Druck.

Eine gute Entwicklung von Kriens erfordert eine ausgewogene Mischung von Arbeits- und Wohnzonen. Der Einwohnerrat muss deshalb eine Sichtweise aus dem Gesamtinteresse heraus einnehmen. Deshalb beantragt die CVP/JCVP-Fraktion zwar Eintreten, aber die gleichzeitige Rückweisung. Sie fordert den Gemeinderat auf, eine Neu Beurteilung vorzunehmen und allenfalls eine Zone mit einer gemischten Nutzung vorzuschlagen.

Judith Luthiger weist darauf hin, dass der Einwohnerrat heute eine Umzonung, aber nicht die Baupläne beschliessen kann. Trotzdem ist es ihr wichtig, die folgenden Informationen zu platzieren. Die Arbeitsplätze im Zentrum sollen erhalten bleiben. Wird die Umzonung aber mit den vorliegenden Plänen umgesetzt, so ergeben sich automatisch Probleme. Vielleicht denken die meisten, selber schuld, wer an einen solchen Ort zieht, an dem gleich nebenan im 24-Stunden-Betrieb gearbeitet wird. Man darf aber nicht vergessen, dass wahrscheinlich der Druck auf die Produktionshallen erhöht wird und so die Arbeitsplätze gefährdet sein könnten.

Deshalb müssten in der angrenzenden Zone an die Halle 8 die Baukörper von den Industriebauwerken getrennt werden und auf einem eigenen Fundament stehen. Ein Architekt hat explizit auf die Problematik der Schall- und Vibrationsübertragung bei der baulichen Verbindung zwischen der Halle 8 und den neuen Wohnbauten hingewiesen.

Die Sprecherin möchte, dass ihr Anliegen geprüft wird. Zudem möchte sie wissen, ob allenfalls zonenplanmässige Voraussetzungen geschaffen werden können. So kann der Einwohnerrat einerseits zur Erhaltung der Arbeitsplätze etwas beitragen und gleichzeitig wird die Überbauung ermöglicht.

Bruno Peter erläutert, dass gerade bei diesem Grundstück lange Überlegungen erfolgt sind, auch in Bezug darauf, ob dieses für die Gemeinde genutzt werden kann. Der Sprecher versteht, dass die geplante Nutzung einige Fragen aufwirft und wird deshalb in Bezug auf das Konzept und die Lärmbelastung - das Konzept ist seiner Ansicht nach gut - das Wort an Hansueli Remund übergeben. Die erwähnten Lärm-Ängste können sicher entkräftet werden.

Heute handelt es sich bei diesem Gebiet um die Arbeitszone 3 und 4. Wenn die "Wohnzone" nicht realisiert wird, ist es nicht auszuschliessen, dass dort Industrie gebaut werden kann. Dies ist mitten im Zentrum sicher falsch, insbesondere von der Lärmbelastung her. Wenn die heutige Arbeitszone bestehen bleibt, können sich die Anwohner jedoch nicht gegen die Auswirkungen eines solchen Industriebaus wehren. Im vorliegenden Projekt ist man sehr auf die



Bedürfnisse der Anwohner eingegangen und hat versucht, eine auch in deren Sinne möglichst gute Lösung zu finden.

Hansueli Remund wird auch gleich auf die vorher gestellten Fragen eingehen. In Bezug auf das Eichhof-Areal kann der Sprecher feststellen, dass die Waldabstandslinien grundsätzlich nie in einem Zonenplan dargestellt werden. Diese sind ausreichend im Gesetz geregelt. Dem Sprecher sind andere Fälle bekannt, in denen es Probleme mit der Einhaltung gab, z.B. bei historischen Bauweisen. Dort versuchte man, entsprechende Baulinien festzulegen, was aber damals das Lawa abgelehnt hat. Aber hier will das Lawa, das diese im Zonenplan festgelegt werden, was einfach nichts bringt.

Die Höhenbeschränkung gilt nur hinten am Hang. Dabei handelt es sich um einen Schutz des Weges bzw. des dahinterliegenden Quartiers. Vorne auf dem Areal kann aber durchaus höher gebaut werden. Diese Einschränkung ist somit durchaus zumutbar.

In Bezug auf den Richtwert der Ausnutzungsziffer von 1,5 kann festgestellt werden, dass auch die Zentrumsüberbauung und die neue Tribschenüberbauung ca. einen Wert von 1,5 aufweisen. Eine dichte Überbauung, die auch Wohnanteile beinhaltet, liegt immer etwa bei einem solchen Wert. Wenn ein super Projekt vorgelegt wird, kann dieser aber noch diskutiert werden.

Beim VA Tech Hydro Areal ist im Zonenplan ein Konzept der Ortsplanung links und rechts des Industriegürtels erkennbar. Westlich liegt der Schappeweg und auf der anderen Seite die Meisterstrasse. Werden diese beiden Strassen verbunden, sind die Areale Mischzonen. Auf der Nordseite liegen reine Wohnzonen. Das umzuzonende Gebiet liegt hinter dieser Linie. Wenn nun das gesamte Areal umgezont wird, ist es sinnvoll dass dasjenige, welches an der Kantonsstrasse zu liegen kommt, ebenfalls zur Mischzone gehört und das dahinterliegende der Wohnzone zugeordnet wird. Dadurch wird die bestehende Linie weitergeführt.

Die Vibration ist ein bekanntes Problem, welches gelöst werden muss. Der Betrieb der VA Tech hat selber grösstes Interesse daran. Mit der Schaffung der ruhigeren Wohnzone hat diese nämlich gegenüber der bestehenden Arbeitszone Priorität. Deshalb hat die VA Tech genau abgeklärt, wie man dort bauen soll. Das Prinzip besagt, dass man möglichst nahe, jedoch mit der "zugewendeten Rückseite" bauen soll. Durch grössere Abstände entstünden nämlich nur Zwischenräume, die wie Trichter funktionieren und den Lärm verstärken. Mit der "zugewendeten Rückseite" ist gemeint, dass sich Richtung VA Tech nur Nebenräume, wie beispielsweise die Küche befinden und keine Zimmer.

Im vorliegenden Fall handelt es sich nur um eine Umzonung. Bei Neueinzonung sind strengere Planungswerte einzuhalten, als bei Umzonungen. Aber sogar der strengere Planungswert wird bei diesem Projekt eingehalten. Nach Ansicht des Sprechers handelt es sich also um eine sensationelle Wohnlage, einerseits mit diesem grossen Park und andererseits auch von der Lärmsituation her. Der Gestaltungsplan nimmt viel Rücksicht auf die Nachbarschaft (z.B. auch in Sachen Gebäudehöhe). Dadurch, dass der Wohnraum nur am Rand entsteht und somit eine freie Wiese geschaffen wird, können die Schienen erhalten werden. Es handelt sich deshalb um einen hohen Kompromiss zwischen Nachbarschaft, Erhaltung Industriegut und Lärmschutz. Mit der Zone "W5" hat man eine relativ hohe und der Lage entsprechende Ausnutzungsdichte, aber trotzdem eine grosse Freiraumfläche. Der Sprecher ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis.

Nicole Nyfeler hat von Bruno Peter heute gehört, dass das Projekt für die jetzigen Nachbarn stimmt. Sie fragt sich aber, ob es auch für die neuen Nachbarn stimmt - vor allem in Bezug auf die Vibrationen, welche - wie man ebenfalls heute gehört hat - noch nicht geklärt sind. Wenn die eine Halle entfernt wird, kommt das Wohnhaus auf dessen Fundament zu stehen. Diese Situation bereitet ihr Sorgen. Sie wünscht sich hier eine Klärung. Sie schliesst sich den Ausführungen von Stefan Meyer an.

Stefan Meyer hat die Ausführungen von Bruno Peter und Hansueli Remund gehört. Aber damit lenken die beiden vom politischen Entscheid ab, nämlich, ob man dort die Möglichkeit von Arbeitsplätzen verbauen will. Dies ist ihm ein Anliegen. Das dort ein Schwerindustrie-Gebäude angesiedelt wird, dürfte wohl eher der Fantasie entsprechen. Aber Büros etc. wären durchaus eine denkbare Alternative.

Der Vorsitzende erklärt, dass Eintreten unbestritten ist. Von der CVP/JCVP-Fraktion liegt ein Rückweisungsantrag vor. Der Vorsitzende lässt über diesen abstimmen.

Abstimmung

Mit 16:6 Stimmen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Regelung der Werbeflächen

Franz Baumann namens der BK weist darauf hin, dass dem Einwohnerrat ein redaktioneller Änderungsantrag zu Art. 29a des Bau- und Zonenreglements vorgelegt wurde. Dieser lautet:

<sup>1</sup> *Reklamen sind besonders sorgfältig in das Orts- und Landschaftsbild einzufügen.*

<sup>2</sup> *Vor allem auf Grund der folgenden Kriterien ist zu entscheiden, ob Reklamen ....*

<sup>3</sup> *(unverändert)*

Der Vorsitzende stellt fest, dass diesem Antrag nicht opponiert wird.

Bruno Bienz namens der SP/Grüne-Fraktion findet die Regelung der Werbeflächen sinnvoll und notwendig. Die APG hat in Kriens eine marktbeherrschende Stellung und das ist nicht immer von Vorteil. Es ist aber darauf zu achten, dass die Vereine, Firmen usw. von Kriens genügend Spielraum haben, ihre Anlässe an interessanten Lagen zu präsentieren. Auch ist auf eine genügende Berücksichtigung der Grünräume zu achten.

Kupferhammer

Franz Baumann namens der BK erachtet die Zone War-4 vor allem für nicht Baufachleute für irreführend, denn das eingezeichnete Areal ist ein kritischer Bereich, der in keinem Fall überbaut werden darf. Er möchte vom Planer wissen, warum nicht die Zone für öffentliche Zwecke vorgesehen worden ist?

Hansueli Remund hält einleitend fest, dass dieses Areal der Gemeinde gehört. Wenn es sich um keine kritische Situation handelt, wird normalerweise die angrenzende Zone übernommen, damit eine Einheit entsteht, im vorliegenden Fall nun eben die Zone War-4. Wenn man diese aber nicht verständlich findet, könnte man sich durchaus für die Zone für öffentliche Zwecke entscheiden. Es haben diesbezüglich keine speziellen Überlegungen stattgefunden.

Bruno Peter nimmt dieses Anliegen im Namen des Gemeinderates entgegen und wird es auf die zweite Lesung hin prüfen.

Dem Vorsitzenden liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Eine Abstimmung erfolgt zum heutigen Zeitpunkt nicht, nachdem es sich um die erste Lesung handelt. Der Sprecher bedankt sich bei Priska Burgener und Hansueli Remund für deren Erscheinen.

## 6. Bericht und Antrag: Jahresrechnung 2006

Nr. 179/07

Der Vorsitzende begrüsst Franz Bucher als Sachverständigen.

Stefan Meyer namens der FGK hält einleitend fest, dass das Resultat der Prüfungsarbeiten zugestellt wurde. Die FGK hat die Bücher kritisch angesehen und hat ausgewählte Gebiete unter die Lupe genommen. Es wurde mit der externen Revisionsstelle, Balmer-Etienne AG, zusammengearbeitet, es wurden Interviews mit den Verantwortlichen geführt und Diskussionen mit dem Gemeinderat zu den Ablaufprozessen, Bewertungen und zur Transparenz fanden statt. Dies alles zeigte, dass sich das Rechnungswesen auf einem hohen Standard befindet. Der Sprecher dankt an dieser Stelle der Verwaltung für die kooperative Zusammenarbeit.

Die massiven Budgetabweichungen - auf beiden Seiten - stechen ins Auge. Man findet eine lange Liste von Budgetüberschreitungen und Nachtragskrediten. Es stellt sich die Frage, warum es sich so schwierig gestaltet, bei den Steuererträgen genauere Zahlen zu budgetieren. Dies führt auch zur Frage, ob ein Potential für eine Steuersenkung besteht. Der Einwohnerrat konnte zudem in Bezug auf diese Abweichungen von rund 2,3 Mio. Franken seine Meinung erst jetzt kundtun. Dies kann einem nicht wirklich zufrieden stellen.

Insgesamt hat man aber Glück. Die Mehrausgaben werden durch die Mehreinnahmen abgefangen. In Kriens kann man eine solide Finanzlage ausweisen und dies ist das Resultat aus der Arbeit und dem Verantwortungsbewusstsein aller Stufen. Neu legt der Gemeinderat dar, wie er den Gewinn verwenden wird. Dies macht Sinn und wird begrüsst. Die FGK empfiehlt einstimmig die Genehmigung der Jahresrechnung und der Gewinnverwendung.

Franz Baumann hält fest, dass die BK in ihrer „fachlichen Prüfung“ der Jahresrechnung keine Mängel festgestellt hat und der Rechnung 2006 einstimmig zustimmt.

Auch die SGK hat gemäss Susanne Lanz der Rechnung mit 4:0 Stimmen zugestimmt. Während der Diskussion wurde über alle Parteien hinweg bemerkt, dass es keinen Sinn macht, beim Budget die Zahlen so stark zu kürzen, dass das konkrete Arbeiten mit diesen Geldern gar nicht mehr realistisch ist. Das führte in vergangenen Jahren zu Nachtragskrediten von 0.75 Mio. Franken, was allgemein als unglaublich empfunden wird. Aus diesem Grund fordert die SGK, dass beim nächsten Budget effektive Zahlen, sowohl bei der Spitex, als auch bei der Sozialhilfe und den restlichen Bereichen budgetiert werden.

Die Heime Kriens haben einen Reingewinn von Fr. 994'295.25 erzielt. Für diesen erstaunlich guten Abschluss gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Dankeschön. Die SGK wünscht sich, dass der Reingewinn im nächsten Budget für bessere Löhne beim Personal verwendet wird, damit die Krienser Heime auch zukünftig bei der Personalrekrutierung konkurrenzfähig bleiben (oder wieder werden).

Das die Finanzkennzahlen gut bis sehr gut sind war unbestritten. Uneinig waren sich die Mitglieder der SGK nur, ob und zu welchem Preis es nötig ist, solch gute Resultate zu erzielen.

Patrick Koch namens der USK ist sehr darüber erfreut, dass die Rechnung 2006 bedeutend besser abschliesst als budgetiert.

In der Detailberatung gab es insbesondere Diskussionen bei den Rechnungsposten der Feuerwehr. Die Rubrik 145.00.311.02 (Anschaffung Fahrzeuge) enthielt im Budget 2006 die erste Akontozahlung an ein Tanklöschfahrzeug von Fr. 170'000.--. Dieser Betrag wurde jedoch durch das Finanzdepartement nicht mehr im Dezember verbucht und wird nun der Rechnung 2007 belastet. Im Budget 2007 sind nur die restlichen 2/3 des Tanklöschfahrzeuges von Fr. 340'000.-- enthalten. Die entsprechende Überschreitung wird gemäss Gemeinderat in der Rechnung 2007 begründet. Aufgrund dieser Tatsache konnte eine Einlage in die Spezialfinanzierung Feuerwehr von Fr. 37'280.-- erfolgen. Ansonsten hätte - wie budgetiert - eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung stattgefunden.

Weiter wurde darüber informiert, welche Investitionen für die Zukunft mit den 6,5 Mio. Franken aus dem Konto Spezialfinanzierung geplant sind. Gemäss Gemeinderat sind diese Gelder zweckgebunden und für ein neues Feuerwehrgebäude gedacht.

Insgesamt hat man im Umwelt- und Sicherheitsdepartement eine hohe Budgettreue. Budgetabweichungen wurden in der Detailberatung offen gelegt und vom Gemeinderat begründet.

Die Umwelt- und Sicherheitskommission genehmigt einstimmig die Jahresrechnung zu den Positionen des Umwelt- und Sicherheitsdepartements.

Pia Zeder namens der VBK hat den positiven Rechnungsabschluss mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Die VBK möchte der Verwaltung für ihre Ausgabendisziplin und Budgetgenauigkeit ganz herzlich danken. Das Vorgehen in Bezug auf die Verwendung des Mehrertrages wird begrüsst.

Bedauert wurde zumindest teilweise, dass im letzten Budgetprozess mit dem Argument knapper Finanzen unter anderem vom Gemeindepersonal und von der Schule Opfer gefordert wurden (zweimaliger Teuerungsausgleich / Schülerstühle), die nicht nötig gewesen wären. Für die Zukunft wünscht sich die VBK eine weitere Annäherung von Budget und Rechnung, wobei ihr

durchaus bewusst ist, dass gerade im Bereich Bildung im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht alle Ausgaben präzise und zuverlässig bestimmt werden können, weil Angaben des Kantons fehlen.

Der Abschluss ist insgesamt positiv. Trotzdem gib es ausgabenseitig in zwei Bereichen massgebliche Abweichungen. Eine davon betrifft die Bildung mit Mehrausgaben von insgesamt 1 Mio. Franken bzw. 3,9 % im Vergleich zum Budget. Die VBK liess sich diese Abweichung im Detail erklären. Sie kam zum Schluss, dass sie begründet und zum grössten Teil nicht beeinflussbar bzw. vermeidbar waren. Die wichtigsten Mehrausgaben waren:

- Kosten 10. Schuljahr (Rückerstattung folgt 2007)
- Stufenanstieg der Lehrpersonen per Schuljahr 2006/07 (nachträglich vom Gemeinderat beschlossen)
- Mehr Stellvertretungen
- Einführung obligator. RMG (Personalkosten / Elternbeiträge)
- Mehraufwand Schulliegenschaften (Heizung / Ersatz Schliessanlage)

Im Vergleich zur Rechnung 2005 ist die Abweichung mit 0.76 % weit weniger gravierend und aus diesem Grunde zu relativieren. Dies umso mehr, nachdem in den 0.76 % auch der per Mitte 2006 wirksame Stufenanstieg der Lehrpersonen enthalten ist.

Die VBK stimmt der Jahresrechnung 2006 wie auch den beantragten Verwendungen des Mehrertrages einstimmig zu.

Bruno Achermann konnte feststellen, dass man mit dem Rechnungsergebnis grundsätzlich zufrieden ist, wobei die Abweichungen kritisiert werden. Er ist über die höheren Steuereinnahmen erfreut und nimmt diese Budgetabweichung gerne auf sich. Im Budget sind zwar jeweils alle vorhandenen Angaben berücksichtigt, die Abweichungen entstehen aber, weil notwendige Informationen oft noch nicht bekannt sind. Die ausgewiesenen Nachtragskredite sind nicht auf die vom Einwohnerrat beschlossenen Kürzungen zurückzuführen, sondern auf Mehrausgaben, die noch nicht bekannt waren und getätigt werden mussten. Nachtragskredite sind nur berechtigt, wenn etwas ausserordentliches erfolgt, z.B. wenn vom Kanton neue Vorgaben eintreffen.

Das Budget 2008 wird aufgrund der provisorischen Rechnung 2007 erstellt. Von den Steuereinnahmen, insbesondere den Nachträgen, wird auch der Gemeinderat immer wieder überrascht. Im Vorfeld konnte man von vielen Seiten vernehmen, dass sich die Steuergesetzrevision nicht positiv auswirkt, aber das Gegenteil ist eingetreten. Es ist wichtig, dass man beachtet, dass sich die Gesamtsituation in Kriens gleich präsentiert wie in den umliegenden Gemeinden. Auch diese haben - zum Teil noch viel grössere - Gewinne ausgewiesen.

Die Abweichungen sind in der Rechnung detailliert begründet. Der Sprecher ist froh, wenn der Einwohnerrat der Rechnung 2006 und somit auch den Abweichungen zustimmen kann und wird gerne einzelne Fragen beantworten. Er dankt Franz Bucher und seinem Team sowie der gesamten Gemeindeverwaltung für ihre Arbeit.

Judith Luthiger namens der SP/Grüne-Fraktion kann, seit sie im Einwohnerrat ist, feststellen, dass eine Mehrheit der Bürgerlichen das Nuller-Budget Jahr für Jahr durchboxt. Jedes Mal, wenn dann die Rechnung präsentiert wird, resultiert ein satter Gewinn und dies mit Berücksichtigung sämtlicher Nachtragskredite. Vor allem die Steuereinnahmen steigen alljährlich. Es

ist sehr anspruchsvoll genaue Budgets zu erstellen, aber das seit Jahren immer wieder solche Gewinne erzielt werden - auch in den Jahren, in denen es der Wirtschaft noch nicht so gut ging - ist schon etwas augenfällig. Zeigen diese höheren Steuererträge auf, dass auch in Kriens der Wohlstand Einzug hält? Geht es allen Krienserinnen und Kriensern besser?

Im gleichen Atemzug musste Kriens im 2006 1 Mio. Franken mehr gesetzliche Sozialhilfe leisten, als im Budget vorgesehen war. Ein Trend, der nachdenklich stimmt. Die Schere zwischen Gut- und noch Besserverdienenden zu den Sozialhilfebezügern wird immer grösser.

Im Ressort Bildung hat man jährlich Mehrausgaben, die transparent und detailliert erklärt werden können. Einen sehr grossen Mehraufwand hat der Grosse Rat mit seinen Beschlüssen eingeleitet. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung waren in den letzten Jahren stabil und sind sogar um ein paar Komastellen zurückgegangen. Hier hat das Personal mit dem Verzicht auf den Teuerungsausgleich in den letzten zwei Jahren einiges beigesteuert.

Der Einwohnerrat schnürt jedes Jahr wieder neue Sparpakete, trotz den Millionengewinnen. Die Rückweisung des ersten Budgets für 2007 ist sicher allen in bester Erinnerung. Die linke Seite hat dann auch die zweite Fassung verworfen. Im nächsten Schuljahr werden 6 Klassen geschlossen, obwohl man nur 13 Kinder weniger hat. Die Klassengrössen steigen. Die Heime haben einen grossen Gewinn erwirtschaftet. Drängt sich hier nicht die Frage auf, ob es richtig war, im Budget 2007 eine Taxerhöhung zu beschliessen? Müsste man nicht Lohnerhöhungen für das Personal einsetzen?

Die Konti 314. (baulicher Unterhalt) weisen fast durchs Band höhere Ausgaben aus. Das zeigt, dass hier zu knapp budgetiert wurde oder vielmehr zu lange nichts für die Werterhaltung der einzelnen Liegenschaften getan wurde. Im Budget 2007 wurden auch diese Positionen gekürzt. Jeder Liegenschaftsbesitzer müsste sich ernsthaft hinterfragen, ob dies das richtige Vorgehen ist.

Aber keine Angst, die SP/Grüne-Fraktion hat auch positive Dinge in der Jahresrechnung gefunden. Positiv sieht sie die Transparenz, welche vor allem mit der Seite 9 geschaffen wurde. Der Einwohnerrat kann darüber befinden, wie der Gewinn verwendet werden soll, auch wenn man die Gewinnverteilung kritisch ansehen kann.

Die Pro-Kopf-Verschuldung hat weiterhin abgenommen und Kriens liegt unter dem Kantonsdurchschnitt. Die Nettoschuld pro Einwohnerin bzw. Einwohner beträgt Fr. 1'286.-- (Fr. 3,50 pro Tag = ein Kaffee). Ein Kompliment spricht die SP/Grüne-Fraktion auch für die Lesbarkeit und Vergleichbarkeit von Budget und Rechnung aus. Die Rechnung enthält hilfreiche Erklärungen, auch zu den diversen Kennzahlen. Die SP/Grüne-Fraktion nimmt die Rechnung an und unterstützt die Anträge des Gemeinderates.

Paul Winiker weist namens der SVP-Fraktion im Sinne einer Grobbeurteilung darauf hin, dass die Jahresrechnung 2006 mit einem Mehraufwand von hohen 2.8 Mio. Franken abgeschlossen hat. Nur dank Mehreinnahmen von 5.7 Mio. Franken (davon höhere Einkommens- bzw. Vermögenssteuern von 3.9 Mio. Franken) gegenüber dem Budget, konnte ein Überschuss von 2.9 Mio. Franken erzielt werden. In der Wirtschaft würde man sagen, dass diese Rechnung nur dank einem Windfallprofit akzeptabel ist, beim Aufwand aber weiterhin der Hebel ange-setzt werden muss und noch einige Hausaufgaben zu machen sind.

#### Detailbeurteilung / Schwachstellen

Wenn man die einzelnen Bereiche kritisch beurteilt, zieht sich ein roter Faden durch die Rechnung. Wo man in Kriens direkten Einfluss und Entscheidungsgewalt noch hat bzw. diese auch wahrnimmt, gelingt es zum Teil sehr positiv, das Budget einzuhalten oder sogar bei den Kosten zu unterschreiten. Positiv ist, dass hat die allgemeine Verwaltung Fr. 136'000.-- weniger verbraucht als budgetiert und auch der Gesundheitsbereich kann dank besseren Nettoergebnissen der Heime einen Minderaufwand von Fr. 235'000.-- verzeichnen. Das verdient Respekt und kam dank guter Arbeit in der Verwaltung zu Stande.

Bei der Bildung beträgt der Mehraufwand 1.026 Mio. Franken. Die VBK hat diese Abweichung detailliert analysiert. Ein Grossteil der Überschreitung ergab sich wegen der Umsetzung kantonaler Beschlüsse, die zum Teil nicht budgetiert werden konnten.

Der Sprecher kommt zurück zum roten Faden und damit zum Handlungsbedarf. Es muss in der Gemeinde immer mehr Geld ausgegeben werden, um die Fehlentwicklungen in der Gesellschaft zu auszubessern. Es sind die Sozialkosten, die ein ungebremses Wachstum verzeichnen. Man gibt immer mehr Geld aus, um für eine Minderheit - aber leider eine wachsende Anzahl Leute, die ihre Eigenverantwortung nicht wahrnehmen - wirtschaftlich aufzukommen, inzwischen sind es brutto 30.2 Mio. Franken für diese Sozialkosten bzw. fast ein Drittel des Budgets. Die allgemeine Fürsorge verschlingt 3.1 Mio. Franken, die Fürsorgeleistungen an Personen, welche ihren Lebensunterhalt offenbar nicht bestreiten können, betragen brutto fast 10 Mio. Franken. Der Nettoaufwand für die Ausländer, welcher 32% dieses Aufwandes ausmachen, ist um 38% höher als budgetiert oder 30% höher als im Vorjahr. Die SVP hat immer gewarnt vor der Zuwanderung zum Sozialsystem. Mit der gegen die Stimmen der SVP beschlossenen Freizügigkeit gegenüber den Ostländern wird leider dieser Wachstumsbereich weiterhin eine problematische Baustelle sein.

Im Soge der Fehlentwicklungen in der Gesellschaft - wie zu grosse Zuwanderung aus schlecht integrierbaren Kulturen - gibt es leider weitere Folgekosten für die Gemeinde mit Wachstumspotenzial. Der Aufwand für das Alimenteninkasso, der nicht gedeckt ist, wuchs um 15 % auf Fr. 641'000.--. Ein weitere "Flickstelle" ist die Vormundschaft. Wegen zunehmend schwierigen Fällen werden mit Fr. 582'000.-- 19 % mehr ausgegeben als budgetiert oder 18 % mehr als im Vorjahr. Im Schlepptau dieser Problematik wächst auch der Massnahmenvollzug. Zu lasten der Gemeinde gehen Fr. 413'000.--, dass sind 158 % über dem Budget oder 23 % mehr als im Vorjahr, weil sechs Personen aus Kriens in teure Arbeitserziehungsanstalten oder Heilstätten eingewiesen wurden.

Folgekosten verschiedener Fehlentwicklungen gibt es auch im Bildungsbereich. Deutsch für Fremdsprachige kostet Fr. 789'000.-- (12 % über dem Budget), dazu kommt die Schulsozialarbeit. Auch die Kosten für Dolmetscher an den Schulen zu Lasten der Steuerzahler haben sich gegenüber dem Budget verdoppelt.

#### Konklusion Aufwandseite

Wenn es nicht gelingt, das Wachstum der Sozialkosten einzudämmen, stehen der Gemeinde immer weniger Gelder für die eigentlich positiven Gemeindeaufgaben im Interesse der Allgemeinheit zur Verfügung. Ferner führen die immer wieder auftauchenden Fälle von Missbrauch zu einem Missbehagen in der Bevölkerung und zu einer negativen Einstellung zum Gemeinwesen. Aus diesem Grunde wiederholen wir unseren Vorschlag, dass es in Kriens einen Sozialinspektor braucht, um unseren Bürgern Gewissheit zu geben, dass Fürsorgeleistungen nur an die wirklich Bedürftigen ausgerichtet wird.

#### Konklusion Einnahmenseite / Steuern

Der Einnahmenüberschuss von 2.9 Mio. Franken ist nicht ein Gewinn. Wenn die Steuern den Aufwand übertreffen, hat die Gemeinde bei den Steuerzahlern schlicht zu viel Steuern bezogen. Deshalb wäre die korrekteste Form ein Steuerrabatt im Umfang dieses Betrages. Die SVP will aber keine kurzfristiges Strohfeuer. Wenn Kriens eigenständig bleiben will – und die SVP will dies ohne wenn und aber - dann muss es gegenüber der Agglomeration steuerlich wettbewerbsfähiger werden. Die SVP ist zur Zeit damit beschäftigt, in dieser Hinsicht einen Vorschlag auszuarbeiten. Dieser hat die Zielsetzung, den Krienserinnen und Kriensern eine steuerliche Entlastung in verkräftbarem Ausmasse zu gewähren. Aufgrund der positiven Entwicklung des Steueraufkommens und kombiniert mit einem strikten Kostenmanagement sieht die SVP durchaus den Spielraum von einem Zehntel, was dem heurigen Überschuss entspricht. Abschliessend stellt der Sprecher die Frage "Wenn nicht heute, wann dann?".

Simon Konrad namens der FDP-Fraktion fasst sich kurz. Die Zeit ist reif für eine Steuersenkung von mindestens einem Zehntel. Es werden 5,1 Mio. höhere Steuereinnahmen wegen der positiven Wirtschaftslage ausgewiesen. Gesamthaft wird ein Gewinn von Fr. 2,9 Mio. erreicht.

Man kann feststellen, dass die Einschränkung der Gemeindeautonomie ständig zunimmt. Die letzten Berechnungen der Finanzreform und des Finanzausgleiches zeigen, dass Kriens in Zukunft fast nochmals 2 Mio. Franken weniger bekommen wird. Zwar hat man darauf beim Regierungsrat reagiert, die Reaktion des Kantons lässt aber kaum Hoffnung für Korrekturen. Umso wichtiger ist die Fortführung des bisherigen finanzpolitischen Kurses.

In Kriens stehen auch grössere Investitionen an. Es ist von Vorteil, wenn man dort agieren kann. Der Sprecher dankt allen Beteiligten, allen voran Franz Bucher und nicht zuletzt auch dem Einwohnerrat. Er wünscht sich von Paul Winiker auch so ein gutes Resultat bei der nächsten Rechnung.

Auch Daniel Piazza namens der JCVP/CVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für Ihre Arbeit. Die JCVP/CVP nimmt erfreut vom positiven Rechnungsabschluss 2006 Kenntnis. Die gute Wirtschaftslage hat sich auch in der Rechnung der Gemeinde Kriens niedergeschlagen.

Insbesondere die Budgettreue hat die JCVP/CVP-Fraktion gefreut. Die darüber hinaus allesamt begründeten Abweichungen, also die Positiven (sprich die substanziiell über Budget liegenden Steuereinnahmen), wie auch Negativen (namentlich die Aufwendungen für die wirtschaftliche Sozialhilfe sowie jene im Bildungsbereich), heben sich teilweise auf und führten letztendlich zu einem nicht budgetierten Gewinn, der beachtliche rund 2% des Gesamtaufwandes der Gemeinde Kriens beträgt. Ganz speziell freut die JCVP/CVP-Fraktion, dass die Finanzsituation der Gemeinde Kriens nach Abschluss des Jahres 2006 nicht nur als gesünder, sondern generell als "gesund" bezeichnet werden darf. Zum Schluss kann gesagt werden, dass es nichts zu monieren gibt an der Jahresrechnung 2006 der Gemeinde Kriens.

Die JCVP/CVP-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag zur Jahresrechnung 2006 zu.

Für Pia Zeder spielen Rechnung und Budget zusammen. Sie fände es toll, wenn die letzte Budgetdebatte auf Tonband wäre zum Vergleich zur heutigen Debatte. Noch vor einem halben Jahr hat man von Streichungen geredet. Nun präsentiert sich ein guter Abschluss, welcher gleich wieder zu Steuersenkungs-Forderungen führt.



Anlässlich der Beratung des Finanzplans stimmte der Einwohnerrat am 2. November 2007 mit 22:3 Stimmen einer Bemerkung der Grünen und SP zu: "Gesamtüberprüfung der Aufgaben der Gemeinde – bis Sommer 2007 Bericht zur Strategie und Massnahmen im Hinblick auf die künftige Finanzsituation der Gemeinde".

Der Gemeinderat hat diesen Auftrag entgegengenommen und so einen entsprechenden Vorstoss überflüssig gemacht. In den Einwohnerratssitzungen vom Mai ist der Bericht nicht traktandiert. Nach den Sommerferien des Parlaments ist der zuständige Finanzchef nicht mehr der zuständige Finanzchef. Ist der Bericht deshalb für die Juni-Sitzung vorgesehen?

Der Wunsch des Parlaments war klar. Es gilt unter allen Umständen zu verhindern, dass man im nächsten Herbst bei der Budgetdebatte wieder vor der selben Situation steht wie im letzten Jahr.

Bruno Achermann überrascht das Votum von Pia Zeder nicht. Er wurde bereits von ihrer Parteikollegin im Gemeinderat darauf hingewiesen bzw. eine Diskussion fand statt.

Laut überwiesener Bemerkung wird als Zeitrahmen der Sommer 2007 gesetzt. Bei der damaligen Debatte hat der Sprecher bereits ausgeführt, dass die geforderten Überlegungen bei der Erstellung eines Budgets immer gemacht werden. Somit gibt die Budgeterstellung den Fahrplan vor. Ende Mai legt der Gemeinderat die Budgetvorgaben fest. Der Sprecher kann bereits heute versichern, dass er sich weiterhin dafür einsetzt, ein Nuller-Budget zu erreichen.

In Bezug auf die Sparrunden kann festgestellt werden, dass diese meist zeitliche Verzögerungen von einem zum anderen Jahr gaben. Jetzt hat man sicher eine positive Überraschung erlebt. Davon waren aber alle Gemeinde betroffen, wie der Sprecher bereits ausgeführt hat.

Kriens hat ein Eigenkapital, wie es nicht viele Agglomerationsgemeinden ausweisen können. Aber man weiss noch nicht, wie der Steuerertrag im 2007 sein wird. In etwa 2 Wochen wird sich zeigen, wie viele provisorische Rechnungen man zugestellt kann (diese entsprechen ca. 80 % der Steuereinnahmen). Der Sprecher hofft, dass die Steuereinnahmen weiterhin das gleiche positive Bild zeigen.

Der Gemeinderat hat mehrfach aufgezeigt, was noch alles auf die Gemeinde Kriens zukommen wird. Aber es darf sicher auch nicht das Ziel sein, Vorräte anzuhäufen. Eine entsprechende Diskussion um eine Steuersenkung überlässt der Sprecher dem Einwohnerrat.

Werner Baumgartner weiss, dass es die CVP grundsätzlich auch begrüßen würde, eine Steuersenkung vorzunehmen. Aber man hat auch angesprochen, dass noch nichts gespart werden konnte. Deshalb hat er seinen damaligen Vorstoss eingereicht, der zeigen soll, wo Sparpotential besteht. Er möchte wissen, wann dieser diskutiert wird und möchte sicherstellen, dass man dann nicht bereits wieder vor der nächsten Budgetierung steht.

Bruno Achermann kann sich daran erinnern, dass der Fahrplan auf den Frühling gewünscht wurde. Er hat damals gesagt, dass beim Budget die neuen Zahlen bekannt sind und er hat auch gesagt, dass solche Sparübungen, wie man sie bereits hatte, den Effekt Null haben. Die Budgetziele wurden im Gemeinderat noch nicht formuliert, dies erfolgt Ende Mai und dann kann er auch den Fahrplan bekannt gegeben. Auf das Budget 2008 hin werden noch keine riesigen Sparübungen gemacht werden können.

Helene Meyer möchte klar stellen, dass es in Bezug auf die von Paul Winiker erwähnte Dolmetschergeschichte nicht um Mehrleistungen ging, sondern um ein anderes Finanzierungsmodell. Die Dolmetscherarbeit in der Schule ist sehr wichtig um Folgeschäden zu verhindern und darf nicht unterschätzt werden.

In Bezug auf die Themen Steuersenkung und Sparmöglichkeiten kann die Sprecherin festhalten, dass der Finanzchef seine Pendenzen übergeben wird, wie dies immer gemacht wird. Der neue Finanzchef kann sich somit auf einen kreativen Gestaltungsprozess freuen. Es wird sicherlich ein schwieriges Budget 2008 geben. Unter diesen Prämissen hat der Gemeinderat noch keinen Entscheid gefällt im Sinne einer Steuersenkung. Man steckt zur Zeit mitten in der Finanzreform und der Steuergesetzrevision. Bei der Finanzreform ist nun - wie bereits erwähnt - wieder eine schlechtere Ausgangslage angezeigt. Der Gemeinderat muss nochmals 6 Mio. Franken einsparen, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, auch unter Einbezug der Hochrechnung der Steuerbeträge. Aus diesen Gründen werden die Antworten auf die gestellten Fragen an der Juni-Sitzung des Einwohnerrates nicht erwartet werden können.

Pia Zeder fühlt sich hinters Licht geführt, wenn ihr klarer Auftrag, dessen Entgegennahme man ihr zugesichert hat, nun einfach in der Schublade verschwunden ist. Sie möchte nun eine klare Antwort: Hat der Gemeinderat den Auftrag zur Gesamtüberprüfung der Aufgaben erteilt und ist ein Bericht für Strategien und Massnahmen in Bearbeitung?

Bruno Achermann kann nichts anderes sagen, als er es bereits getan hat. Im Verlauf des Mais wird der Gemeinderat die Ziele definieren. Die von Pia Zeder verlangte Auslegeordnung ist in der Finanzabteilung - im Rahmen des ordentlichen Budgetprozesses - bereits im Tun. Aber die konkreten Zahlen müssen erst vorliegen, sonst wird ein Leerlauf produziert. Der Gemeinderat wird im Mai die Richtlinien festlegen und dann ist man im Fahrplan. Wenn der Sprecher seinen letzten Arbeitstag hat, wird er nicht sagen können, was die nächsten 5 Jahre geht.

Werner Baumgartner hat vor dem Sommer eine Diskussion darüber erwartet, wo man die fehlenden 6 Mio. Franken herholen will. Er hat sich von seinem Vorstoss versprochen, dass man - egal ob eine Fusion stattfindet oder nicht - aufzeigt, wo ein Sparpotential besteht. Dies ist wichtig für eine Steuer- und Budgetdebatte. Deshalb wünscht er sich im Frühling eine entsprechende Diskussion.

Bruno Achermann möchte die Zahl von 6 Mio. Franken relativieren. Es ist nicht so, dass man im nächsten Jahr 6 Mio. Franken weniger haben wird. Die Auswirkungen der gesamten Planung basieren auf Daten, die 2 bis 3 Jahre zurückliegen, welche inzwischen grosse Abweichungen zeigen. Die laufend neu eintreffenden Informationen werden natürlich aufgenommen. Er hat bereits betont und möchte dies nochmals klar wiederholen, dass er den Fahrplan noch bekannt gibt, bevor er aufhört.

Judith Luthiger weiss, dass man bei den Schössli-Gesprächen im April Vorlagen und Zahlen über die Finanzreform erhalten hat. Dort wurde vom Gemeinderat nichts von einer Steuersenkung erwähnt. Und nun spricht Bruno Achermann heute davon, dass dies möglich ist. Diese Aussage wurde dann aber von Helene Meyer wieder relativiert.

Bei den Schlössli-Gesprächen wurde auch von 6 Mio. Franken gesprochen. Inzwischen glaubt die Sprecherin nicht mehr, was hier erzählt wird und wird erst das, was schwarz auf weiss vorliegt, ernst nehmen. Bruno Achermann kann doch jetzt nicht einfach sagen, dass die Zahl von 6 Mio. Franken nicht so schlimm ist. Man darf auch nicht die von Simon Konrad angesprochenen Investitionen vergessen. Irgendwie ist man hier mitten im Wahlkampf, den vor ein bis zwei Monaten hat man noch ganz anders geredet.

Bruno Achermann widerspricht dem nicht. Über mehrere Jahre hatte man immer positive Resultate. Jetzt sind die Voraussetzungen sicher da, wenn alle Gemeinden rundherum ihre Steuern senken, dass auch Kriens dies tut, damit nicht die guten Steuerzahler weggehen. Das ist seine Aussage, aber er meinte damit keinesfalls, dass ein Schnellschuss erfolgt soll, sondern dass man eine Steuersenkung betrachten und diskutieren muss.

Als die neuen Zahlen des Finanzausgleichs bekannt gegeben wurden, war er innerhalb von 24 Stunden in Luzern und hat dagegen interveniert. Anschliessend hat er die neuen Vorgaben mit dem Gemeinderat und anderen Gemeinden besprochen. Aber man darf nicht vergessen, dass so riesige Zahlenwerke immer auf Annahmen basieren und die effektiven Zahlen manchmal bis zu 50 % abweichen können. Wenn aber wirklich das eintritt, was der Kanton an Zahlen geliefert hat, muss Kriens reagieren und intervenieren.

Helene Meyer möchte klar stellen, dass keine Aufgaben, die dem Gemeinderat übertragen werden, in einer Schublade verschwinden. Der Gemeinderat nimmt seine Aufgaben ernst und bearbeitet diese. Der Zeitpunkt ist aber nicht ganz klar. Das Budget 2008 stützt sich auf Zahlen, welche erst laufend am Eintreffen sind. Diese werden dem Einwohnerrat aber so baldmöglichst vorgelegt.

Bruno Bienz erachtet das Votum von Bruno Achermann als Arbeitsverweigerung des Finanzchefs. Dies ist ein Affront gegen das Parlament.

Bruno Achermann will - trotz solchen Aussagen - selbst nicht ausfällig werden. Er hat bereits mehrmals gesagt, dass diese Arbeiten im Zusammenhang mit der Budgeterstellung erledigt werden und dass dieser Prozess im Mai zu Laufen beginnt. Anschliessend kann der Fahrplan erstellt und dem Einwohnerrat verteilt werden. Aber er kann nicht diskutieren, wenn ihm die entsprechenden Daten fehlen.

Peter Prinz möchte etwas zu den Voten im Bereich soziale Wohlfahrt sagen. Er arbeitet in einem Gebiet, in dem nur Leute zu ihm kommen, die Probleme haben. Bei der täglichen Arbeit hält man sich an die Richtlinien und die Gesetze. Nach allem, was heute vom Einwohnerrat gesagt wurde, müsste er seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eröffnen, dass ihnen gegenüber Misstrauen ausgesprochen wurde. Dies wird er aber bewusst nicht tun.

Die heiss diskutierte "Kampagne Zürich" ist auch am Sprecher nicht spurlos vorbeigezogen. Deshalb hat er mit seinen Abteilungs- und Ressortleitern untersucht, ob in Kriens bei den 420 bestehenden Dossier auch etwas sein könnte, das man genauer betrachten muss. Diese Überprüfung ist erfolgt und der Sprecher kann nun mit einem guten Gefühl vor dem Einwohnerrat stehen.

Im Verhältnis sind die Ausgaben der Gemeinde Kriens vergleichbar mit den umliegenden Gemeinden. Beim Treffen der Sozialvorsteher war auch der Sozialinspektor von Emmen eingeladen. Dieser bestätigte, dass er in den letzten drei Jahren Missbräuche von rund Fr. 90'000.-- netto erkennen konnte. Dies sind somit im Jahr rund Fr. 30'000.--. Obwohl der Sozialinspektor alle Arbeiten erledigt hat, die er konnte, war er nicht ausgelastet und führt deshalb heute auch das Alimenteninkasso. Auch in Kriens wäre ein Sozialinspektor nicht ausgelastet. Diesbezüglich kann der Sprecher darüber informieren, dass sich der Sozialinspektor von Emmen bereit erklärt hat, auch im Stundenansatz für andere Gemeinden zu arbeiten. Sollte sich also in Kriens bei einem Fall ein Verdacht auf Missbrauch bestehen, könnte man den Sozialinspektor von Emmen entsprechend beauftragen.

Der Sprecher möchte betonen, dass mehr als die Hälfte der Fälle beim Sozialamt Leute sind, die arbeiten und denen das Geld einfach nicht reicht. Viele sind Alleinerziehende, die ihre Kinder unterbringen, um beispielsweise bei der Migros an der Kasse zu arbeiten. Natürlich ist der Sprecher nicht blauäugig und es kann sein - aber dies ist sicher ein kleiner Teil - das es Fälle gibt, in denen man den Sozialinspektor einsetzen könnte. Das Misstrauen sollte aber nicht immer geschürt werden. Jederzeit kann man bei der Abteilung Soziales vorbei kommen und sich aufzeigen lassen, dass die Auszahlungen korrekt erfolgen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht weiter verlangt wird und dass das Eintreten somit abgeschlossen ist. Während der Detailberatung erfolgen keine Wortmeldungen. Ein Rückkommen wird nicht verlangt, weshalb der Vorsitzende den Beschlusstext verliest:

1. Der Rechnung 2006 der Einwohnergemeinde Kriens (inkl. Wasserversorgung) umfassend
  - Laufende Rechnung
  - Investitionsrechnung
  - Bestandesrechnung per 31. Dezember 2006
 wird die Genehmigung erteilt.
  
2. Der Ertragsüberschuss von Fr. 2'943'363.63 ist gemäss dem Antrag des Gemeinderates wie folgt zu verbuchen.

Pensionskasse der Gemeinderäte Konto 2031.02

ausbezahlte Rentenleistungen 2006 zu Lasten der laufenden Rechnung, Konto 030.00.307.00	./.	Fr. 423'913.60
---	-----	----------------

Beitrag an Kanton für AHV Konto 500.00.361.00 Korrektur der periodengerechten Abgrenzung Jahresbeitrag 2006	./.	Fr. 1'120'000.00
---	-----	------------------

zusätzliche Abschreibungen Konto 990.00.332.00 Erhöhung des Abschreibungssatzes von 6 % auf 8 %	./.	<u>Fr. 708'000.00</u>
---	-----	-----------------------

Einlage in Eigenkapital		Fr. 691'450.03
-------------------------	--	----------------

3. Den Nachtragskrediten und Budgetüberschreitungen gemäss Aufstellung in der Rechnung wird die Genehmigung erteilt.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlusstext abstimmen:

Abstimmung

Die Jahresrechnung 2006 wird einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende dankt Franz Bucher für sein Erscheinen.

## 7. Bericht und Antrag: Revision Wasserversorgungsreglement der Wasserversorgung Kriens (2. Lesung) Nr. 137/06

Von Seiten des Baudepartements wurde dem Vorsitzenden zugetragen, dass das Wasserversorgungsreglement in 10 Minuten behandelt sein sollte. Deshalb wird dieses - trotz der fortgeschrittenen Zeit - nicht abtraktandiert. Der Vorsitzende begrüsst Moritz Büchi, neuer Abteilungsleiter Tiefbau/Werke. Da es sich um die zweite Lesung handelt, gibt es kein Eintreten.

Franz Baumann teilt mit, dass die BK sowohl die Gliederung als auch den Inhalt des Wasserversorgungsreglements nun gut findet. Die Fussnoten in der jetzt vorliegenden Version dienen einzig der Information, was alles seit der 1. Lesung verändert worden ist. In der definitiven Fassung werden diese weggelassen. Die Baukommission stimmt dem neuen Reglement einstimmig zu.

Bruno Peter verzichtet auf sein Wort.

Der Vorsitzende hat keine Wortmeldungen aus den Kommissionen erhalten.

Viktor Bienz informiert namens der CVP/JCVP-Fraktion darüber, dass das neue Reglement nach den Änderungen aus der ersten Lesung anwendbar und verständlich ist. Die verlangten Änderungen und Anträge sind überprüft und grösstenteils übernommen worden. Die Baukommission durfte an zwei Sitzungen, zuerst als gemeinderätliche Kommission, danach als einwohnerrätliche Kommission, Stellung nehmen und die letzten Details beraten.

Der Preis für das Wasser, welcher neu in Form von verschiedenen Gebühren bezahlt wird, ist gerechtfertigt. Der trockene Frühling, die Klimaerwärmung oder der schneearme Winter könnten das Wasser in Zukunft immer kostbarer machen. Kriens sollte bereit sein, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Leitungsnetz zu sanieren und so den Wasserverlust

auf ein minimales Minimum zu reduzieren. Die CVP/JCVP-Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag zu.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen und auch kein Rückkommen verlangt wird, verliest der Vorsitzende den Beschlusstext:

1. Das Wasserversorgungsreglement der Gemeinde Kriens wird genehmigt.
2. Das revidierte Wasserversorgungsreglement der Gemeinde Kriens tritt auf den 01. September 2007 in Kraft.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung

Der vorliegende Bericht und Antrag wird einstimmig genehmigt.

Bruno Peter bedankt sich für die Zustimmung zum Wasserreglement. Insbesondere möchte er Franz Baumann für sein Mitwirken in der Arbeitsgruppe danken. Es wurde ein gutes Werk geschaffen.

Der Vorsitzende verdankt Moritz Büchi, welcher lange warten musste.

## Verschiedenes

Stefan Meyer macht beliebt, dass man für die nächste Sitzung vom 30./31. Mai 2007 nicht von einem Ca.-Sitzungsschluss spricht (wie auf der Traktandenliste erwähnt), sondern eine verbindliche Schlusszeit setzt. Schliesslich reservieren die Mitglieder des Einwohnerrats bereits zwei Tage und eine längere Sitzungszeit führt nicht automatisch zu mehr Qualität. Er schlägt deshalb vor, dass die Sitzungen jeweils längstens bis 18.00 Uhr dauern.

Der Vorsitzende erklärt, dass mit diesem ca. bis 19.00 Uhr eigentlich auch höchstens bis 19.00 Uhr gemeint war. Er möchte wissen, ob Stefan Meyer mit seinem Votum einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Stefan Meyer bejaht dies.

Nachdem diesem Antrag nicht opponiert, bestätigt der Vorsitzende, dass die Sitzungen vom 30./31. Mai 2007 höchstens bis 18.00 Uhr dauern werden.

## Schluss

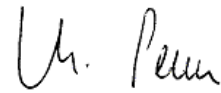
Der Vorsitzende erinnert daran, dass am 30./31. Mai 2007 die Sitzungen jeweils um 8.00 Uhr beginnen.

Ausserdem wurden ihm noch nicht alle Ab- bzw. Anmeldungen für den Einwohnerratsausflug zugestellt. Es ist zwar streng geheim, wo es hin geht aber er kann versprechen, dass es keinen Vortrag über die Vor- und Nachteile der Eingemeindung von Örlikon geben wird.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich in der Krienser Halle. Die Sitzung wird um 20.05 Uhr geschlossen.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Matthias Senn

Die Stimmenzähler:



Bruno Bienz



Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli